

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

39. Jahrgang
Nr. 1 – 2016
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Für die Abschaffung der ausländischen Militärbasen	2
Weltfriedensrat: Kampfansage an die NATO	3
Israel und die Demokratie	4
Buchbesprechung: Wie ein Flächenbrand entsteht	5
Venezuela: Das Vertrauen zurückgewinnen	6
Der Fall Witt – eine Geschichte aus dem kalten Krieg	7
USA und die Menschenrechte: Leonard Peltier	8



Grafik: Russia Today

Ein dringender Appell für eine multipolare Koalition des Friedens

Multipolare Welt gegen Krieg

Wir dokumentieren nachstehend einen Appell, der unter vielen andern vom ehemaligen Vorsitzenden der deutschen Journalisten-Union Eckart Spoo, dem US-Musiker David Rovics, dem Präsidenten des US-Friedensrates Al Marder und der Moderatorin der Berliner Friedenskoordination Laura von Wimmersperg unterzeichnet worden ist.

Unsere Welt steht an einem kritischen und gefährlichen Wendepunkt. Die zerstörerische Politik einseitiger militärischer Interventionen und illegaler Regimewechsel, betrieben von den USA und ihren Verbündeten, hat zur Möglichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen den grossen Weltmächten und Nuklearmächten geführt, die einen neuen Weltkrieg auslösen könnte.

Dies ist ein dringender Aufruf an alle Nationen, Organisationen, Bewegungen und Menschen weltweit, sich zusammenzuschliessen um den Aufbau einer globalen Koalition voranzutreiben, welche die Katastrophe durch die Stärkung der Zusammenarbeit multipolarer, friedensbewahrender Diplomatie und des internationalen Rechts zu verhindern sucht, um zugleich Interventionismus und einseitige Aggression kategorisch abzulehnen.

Die Welt befindet sich in dieser Lage aufgrund rücksichtslos betriebener Aussenpolitik, schweren Menschenrechtsverletzungen und der mutwilligen Zerstörung ganzer Kulturen. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der neue aggressive Politikwechsel der USA in einem Dokument der PNAC verankert (Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert) und im September 2000 veröffentlicht. Der Titel lautet: «Wiederaufbau von Amerikas Verteidigung.» (Rebuilding America Defenses), und in diesem Dokument wird aufschlussreich festgestellt, dass:

«... Wenn ein amerikanischer Frieden aufrechterhalten und ausgebaut werden soll, muss als sicheres Fundament die unbestrittene militärische Vormachtstellung der USA Vorrang haben ...»

Unter dem Deckmantel der Medien und Schlagwörtern wie «Krieg gegen den Terror», «Massenvernichtungswaffen» oder «Humanität», führen die USA (zusammen mit ihren Verbündeten) diese offen imperialistische Doktrin aus, durch die Ausweitung der NATO, durch den Beginn mehrerer Kriege zur Kontrolle von ausländischen Ressourcen und durch die Einrichtung hunderter Militärbasen in Übersee. Ungefüge Staatschefs werden durch unautorisierte Militäreingriffe oder durch farbige Revolutionen beseitigt. Man versucht ganze Landstriche durch krebserregende Munition aus abgereichertem Uran. Die Anwendung von Folter, elektronische Überwachung, Cyber-Krieg, Killer-Drohnen, und das Rollback der inländischen bürgerlichen Freiheiten werden gerechtfertigt – während Whistleblower, die Verbrechen aufdecken bedroht und kriminalisiert werden. Auch ein Wirtschaftskrieg in Form von Sanktionen und Raubtierkapitalismus wird entfesselt, durch vom IMF verordnete und unter strengster Geheimhaltung ausgehandelte Handelsabkommen wie TTIP, sowie durch Finanzmanipulationen gegen feindliche Staaten und sogar gegen eigene Verbündete, um diese zur Unterwerfung zu zwingen.

Gefährliche Brennpunkte

Ist die Welt dadurch sicherer geworden? Was sind die Ergebnisse dieser einseitigen Handlungen? Die Versprechen von mehr Demokratie, von nationaler Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand durch westliche Intervention haben nur ein tödliches Erbe gescheiterter Staaten und katastrophaler Ergebnisse hinterlassen.

Darüber hinaus zielt diese einseitige Politik nun auch ab auf Russland und China, und setzt die Menschheit der Gefahr eines globalen thermonuklearen Krieges aus.

In Ostasien erachtet Washington Chinas dynamischen Aufstieg als eine strategische Bedrohung für die Interessen der USA und hat militärisch reagiert durch Agitieren und durch Einkreisung Chinas, während gleichzeitig territoriale Streitigkeiten mit Chinas Nachbarn angeheizt werden. Gleichzeitig werden neoliberale Freihandelsabkommen, die so wie TPP in geheimen Verhandlungen ausgehandelt werden, umgesetzt, um Chinas wirtschaftlichem Einfluss entgegenzuwirken, so dass Unternehmen die Arbeiter ausbeuten können, Umweltschutz ins Abseits gerät, und ganze Nationen machtlos werden.

Unterdessen unterstützen die USA und die NATO in der Ukraine ein korruptes Regime mit Nazi-Beziehungen, das sie durch einen gewaltsamen Staatsstreich an die Macht gebracht haben. Die repressive Politik dieses Regimes löste einen Bürgerkrieg aus, der mehr als eine Million Flüchtlinge zur Folge hatte. Die Einwohner der Krim, die gegen den Putsch waren, entschieden sich in einem Referendum sich wieder Russland anzuschliessen. Obwohl mehr als 90% der Einwohner

Fortsetzung Seite 2

Keine Lockerung des Waffenexports!

Menschen vor Profit

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB appelliert an Bundespräsident Johann Schneider-Ammann in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, geplante Rüstungsexporte in die Golfregion zu stoppen. Wir dokumentieren den offenen Brief.

Wie man in den letzten Wochen der gängigen Schweizer Medienlandschaft entnehmen konnte, ist geplant die gestoppten Rüstungsgeschäfte, wie sie beispielsweise mit Katar bestehen, zu lockern (vgl. u. a. NZZ «Das bundesrätliche Moratorium wankt» verfasst von Heidi Gmür und erschienen am 6. Februar 2016). Wir sehen dieser Entwicklung, in Anbetracht der momentanen Weltlage und vor allem in der Region, mit Besorgnis entgegen. Zwar scheint es laut Medien momentan «nur» um die Bewilligung mehrerer Gesuche für Kriegsmaterialauslieferungen zu gehen, die jedoch die vom Moratorium vom März 2015 betroffene Regionen betreffen. U. a. wurde die Auslieferung von Piranha-Schützenpanzern der Firma Mowag nach Katar genannt. Dieser Auftrag könnte oder wird weitere Folgeaufträge mit sich bringen, sollte das Moratorium gelockert oder gar aufgehoben werden. Was für Sie in der Position als Wirtschaftsminister sicherlich positiv erscheinen mag, da der Exportstopp für die Rüstungsfirmen mit einem erheblichen Verlust verbunden ist; für uns jedoch aus folgenden Gründen nochmals überdacht werden muss:

a. Das Moratorium aus März 2015 wurde aufgrund der Frage, ob Schweizer Firmen Kriegsmaterial in Länder wie Saudi-Arabien, Katar oder die Vereinigten Arabischen Emirate exportieren dürfen, obwohl sie in den Jemen-Konflikt involviert sind. Der Bundesrat entschied sich für «Nein». Da sich die Lage in der Region alles andere als gebessert bzw. stabilisiert hat, sehen wir keine Grundlage, um über eine Lockerung oder gar Aufhebung des Moratoriums zu diskutieren.

b. Des Weiteren würde eine Ausnahme einen Präzedenzfall darstellen, der den Weg für weitere Ausnahmen ebnen könnte.

c. Unserer Meinung nach heizen weitere Kriegsmateriallieferungen die Stimmung nur weiter an, wobei wir uns zum Teil einer perfiden Kriegsstrategie machen lassen. Waffen die möglicherweise zum Verteidigungszweck ausgeliefert wurden und der Besitzer zum Aggressor wird, stellen eine enorme Gefahr in der eh schon eskalierten Situation dar.

d. Der Verkauf von Waffen an Kriegsparteien stellt einen Verstoß gegen die Kriegsmaterialverordnung (KMV) dar. In Artikel 5 wird festgehalten, dass wenn «das Bestimmungsland in einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist; das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt oder im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird oder im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.» Exporte verboten sind. Dies wird unserer Meinung nach erfüllt, weshalb von einer Auslieferung abzusehen ist.

e. Wir brauchen uns in dieser Zeit nicht über wachsende Flüchtlingsströme wundern, wenn wir in Folge eines milliardenschweren Rüstungsexports, die Waffen selbst an die Kriegsparteien liefern und die Bevölkerung letztendlich flieht, um Schutz bei uns zu suchen, den sie in ihrer Heimat nicht mehr finden.

Es gilt immer gegen den Export und für die betroffene und letztendlich leidtragende Zivilbevölkerung zu entscheiden. Von daher fordern wir den Bundesrat auf, die geplanten Waffenverkäufe nicht zu bewilligen.

«Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.»

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2016

Samstag, 21. Mai 2016, 16.00 Uhr

Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.
Die Jahresversammlung ist öffentlich.
Interessierte sind herzlich eingeladen!

Handwritten signature and date '28.12.61' at the bottom right of the flyer.

Für eine multipolare Welt...

Fortsetzung von Seite 1

Zu Gunsten der Vereinigung abstimmen, beschuldigen westliche Mächte und die Medien Russland der Einmischung, und beschloss harte Wirtschaftssanktionen anzuwenden und NATO-Militärpersonal und Waffen direkt an den Grenzen Russlands zu stationieren. Der Westen erwägt sogar die Rückverlegung von Atomwaffen «gegen die russische Bedrohung». Macht dies die Welt sicherer?

In Syrien führt eine Koalition bestehend aus den USA, NATO-Ländern und den Golfstaaten eine illegale zweigleisige Kampagne der gleichzeitigen Bekämpfung des Terrorismus und des Regimewechsels und verlangt, dass ein weiterer gewählter Präsident zurücktritt. Allerdings unterstützt diese US-geführte Koalition extremistische Söldner mit Verbindungen zu Al Qaeda und ISIS, die sie «gemässigte Opposition» nennt, um die syrische Regierung zu Fall zu bringen. Während sie also offiziell den Terrorismus verurteilen und sich verpflichten diesen zu bekämpfen, fahren sie gleichzeitig damit fort, dieselben Gruppen zu trainieren, finanzieren, bewaffnen, und unterstützen, die sie vorgeben zu bekämpfen.

Noch schlimmer ist es, dass die US-geführte Koalition, die illegal operiert, ohne UN-Mandat und ohne die Erlaubnis der syrischen Regierung, getrennte Militäroperationen durchführt, nur mit einer völlig anderen Zielsetzung, und zwar auf dem gleichen Kriegsschauplatz wie die gesetzmässig mandatierte Koalition Syrien, Russland, Iran, die wiederum vom überwiegenden Teil der Syrer unterstützt wird, die um ihr Leben fürchten. Anstatt mit vereinten Kräften gegen den Terrorismus vorzugehen, heizt der Westen die Krise durch kriegerische Rhetorik, gefährliche Provokationen und die eklatante Missachtung des Völkerrechts noch weiter an. Macht dies die Welt sicherer?

Medien als Instrumente der Kriegsführung

Die Rolle der Medien bei der Förderung dieser Kriege und der destruktiven Politik kann nicht überbewertet werden. Egal ob man ein Staatsoberhaupt, eine Religion oder eine ganze Nation dämonisiert, – die westlichen Medien verstärken westliche Thesen und Stichworte um die Öffentlichkeit in Angst zu versetzen und Kriege zu unterstützen anstatt über die tatsächlichen Fakten zu berichten. Politisch motivierte Kritik wird verwendet, um Russland und Syrien dafür zu diskreditieren, dass sie «tatsächlich» gegen den Terrorismus kämpfen und rechtlich zulässig ihre eigenen Grenzen verteidigen. Zweifelhafte Anschuldigungen werden regelmässig gegen Russland und seinen Präsidenten erhoben, ohne irgendwelche Beweise, während westliche Medien diese oft entlarvten Behauptungen legitimieren – eine weitere Verzerrung der Wirklichkeit. So wird Russland oft als eine Bedrohung porträtiert, die mit ISIS gleichzusetzen sei!

Nicht vergessen werden darf, wer Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi dämonisiert hat, und wer tatsächlich für das Chaos verantwortlich ist, dass jetzt in Afghanistan, im Irak, in Nigeria, in Libyen, im Jemen, in Syrien und in der Ukraine herrscht. Und wer damit fortfährt andere Nationen zu bedrohen – einschliesslich Russland, China und Iran. Vor dem Hintergrund zunehmender ökologischer Krisen, extremer Armut und wachsender sozialer und religiöser Spannungen, schafft diese extrem gefährliche Aussenpolitik, die vom Westen und den Medien betrieben wird nur noch immer mehr Terroristen, mehr Opfer, mehr Flüchtlinge, mehr Armut und mehr Destabilisierung – und bringt die Welt immer näher an den Rand des Abgrunds.

Es gibt eine Alternative

Die Zeit ist gekommen, um dieser ersten Bedrohung für die Menschheit entgegenzutreten. Respekt für die Grundsätze von Souveränität, Selbstbestimmung und Nichtinterventionismus muss wiederhergestellt werden und die Einhaltung des Völkerrechts muss höchste Priorität haben. Obwohl die meisten Völker dies respektieren, sind Russland und China diejenigen Weltmächte, die das Konzept der Multipolarität unterstützen und als globales Gegengewicht zur westlichen Hegemonie handeln. Abgesehen von möglichen innenpolitischen Problemen, wird ihr kooperativer Ansatz von der Mehrheit der Nationen unterstützt, von den globalen Allianzen wie der blockfreien Bewegung, der G77 oder der SCO (Shanghai Cooperation Organization) und den latein-amerikanischen Allianzen (UNASUR, ALBA und CELAC).

Darüber hinaus bieten diese multipolar-orientierten Nationen Alternativen zu den vom Westen kontrollierten Institutionen und deren neokolonialen Praktiken. Ihre multilateralen Institutionen und Entwicklungsprojekte wie die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), und das massive Eurasische Entwicklungsprojekt «New Silk Road» beruhen auf den Prinzipien von Nichtinterventionismus und gegenseitigem Respekt. Ganz im Gegensatz zu westlichen Handelsabkommen führt die bilaterale Zusammenarbeit mit diesen multipolaren Nationen zunehmend zu Win-Win-Ergebnissen für viele Industrie- und Entwicklungsländern in Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa. Insgesamt ist es die Mehrheit der Nationen der Welt, die einen multipolaren Ansatz für globale Angelegenheiten unterstützen, auf der Grundlage der Prinzipien der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Und genau dies ist der Grund, warum der Westen dieses Projekt scheitern sehen will – weil es eine Bedrohung für seine globale Hegemonie darstellt.

Darum sollten alle diejenigen, die Frieden wollen – seien es Nationen, Organisationen, Bewegungen oder Einzelpersonen, aus dem ganzen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Spektrum, zusammenrücken und mit einer Stimme zur Unterstützung der Multipolarität aufrufen. Gemeinsam müssen wir die Verdrehungen der Fakten durch die westlichen Medien übertönen durch die Unterstützung von wahrheitsgemässen, multipolar-orientierten und unabhängigen Medien.

Diese gemeinsamen Stimmen könnten durch grosse Konferenzen in eine Koalition mit Initiativen, politische Positionen und hin zu einer gemeinsamen Plattform organisiert werden.

Diese multipolare Koalition sollte hin zu einer Kraft mobilisiert werden, die den Westen zur Abkehr von seiner destruktiven Politik bewegen kann, durch die Umstellung der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung für Nationen, die eine ausgewogene Politik der Zusammenarbeit und Diplomatie verfolgen (oder den Wunsch dazu haben). Selbst als Individuen, können wir durch Kontaktaufnahme mit Behörden und Medien Druck ausüben, durch Veränderung unserer Gewohnheiten bei Abstimmungen und Konsumverhalten, um so Befürworter von Multipolarität zu unterstützen. Mehr als nur ein Aufruf zur Solidarität, muss dies eine politische und auf Graswurzelbewegungen basierende Kraft für positive Veränderungen sein.

Eine Entscheidung, die wir alle treffen müssen

Seit der UN Generalversammlung vom 15. September 2015 und den darauf folgenden Ereignissen sind zwei sehr unterschiedliche Formen

Seminar in Guantánamo

Basen abschaffen

Vom 23. bis zum 25. November 2015 trafen sich in Guantánamo (Kuba), nur wenige Kilometer von der weltweit bekannten US-amerikanischen Militärbasis entfernt FriedensaktivistInnen aus aller Welt. An diesem internationalen Seminar, für den Frieden und für die Aufhebung fremder Militärstützpunkte – Gastgeber war Movimiento Cubano por la Paz y la Soberanía de los Pueblos (MOVPAZ) – nahmen über 200 AktivistInnen teil, darunter eine Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung SFB.

Von Julia Hoppe

Die Teilnehmenden des IV. Seminars dieser Art waren sich einig: Die weltweit unterhaltenen Militärbasen, die eine Gefahr für den Frieden und die Souveränität der Völker darstellen, gehören abgeschafft. Der Veranstaltungsort Guantánamo wurde bewusst gewählt, da vor Ort auf einem Gebiet von 117 Quadratkilometern seit über 100 Jahren eine illegale amerikanische Militärbasis, existiert, die weltweit als Symbol für brutale Folter bekannt ist.

Dieses Treffen stellte eine ausgezeichnete Gelegenheit dar, den Kampf für die Abschaffung der willkürlichen und gegen den Willen der Völker errichteten Militärbasen unter verschiedenen Gesichtspunkten darzustellen und zu diskutieren. In diversen Referaten wurden u. a. eine Bestandsaufnahme der bekannten Stützpunkte gemacht und Themen wie die amerikanischen Militärbasen in Japan und die Auswirkungen der Militärbasis in Guantánamo auf die Umwelt vorgestellt und besprochen.

Das Seminar wurde von der Präsidentin des Weltfriedensrates María Do Socorro Gómez eröffnet, welche über die Ergebnisse des Exekutiv-Komitee-Treffens des Weltfriedensrates informierte, das zuvor am selben Ort stattgefunden hatte (s.h. nebenstehenden Artikel.)

Von den verschiedenen Beiträgen am Seminar hat mich insbesondere jener von Tadaaki Kawata beeindruckt, der als Gesandter der japanischen Friedenskomitees von der amerikanischen Militärbasis in Okinawa berichtet. In Japan alleine sind 131 US-amerikanische Einrichtungen (1 024 km², in denen 50 000 Streitkräfte stationiert sind. Auch nach Ende des Kalten Krieges geben die USA diese strategisch wichtigen Militärstütz-

punkte nicht auf, welche den Zugang zum asiatischen Raum sicherstellen. Laut dem Vertrag zwischen Japan und den USA aus dem Jahre 1960 ist es den Vereinigten Staaten gestattet, sämtliche «Einrichtungen und Gebiete Japans für ihre Armee, Luftwaffe und Marine zu nutzen.»

Tadaaki Kawata berichtete von zahlreichen Unfällen, zu denen es u.a. in der Umgebung der Militärbasen kommt. Als wohl bekanntestes Beispiel führt er den Absturz eines Marine Helikopters in die Universität Okinawa aus dem Jahr 2004 an. Gesamt beziffern sich die Unfälle laut seinen Aussagen auf 594 Unfälle mit Militärflugzeugen, 562 Manöverbrände oder sonstige Feuer, 5 833 Festnahmen von US-Soldaten in Okinawa im Zeitraum von 1972 bis 2013. Statt dass aus diesen Statistiken die richtigen Schlüsse gezogen wurden, werde für die nahe Zukunft ein weiterer

Militärstützpunkt in Okinawa geplant, «Henoko», in einer der schönsten Naturregionen der Umgebung.

Dies geschieht jedoch nicht ohne Widerstand. Kawata berichtete von



Julia Hoppe und Jonas Jäggi von der SFB am Seminar in Guantánamo. Foto UW

Wir unterstützen Nationen und multinationale Koalitionen, die entschlossen zusammenarbeiten, um den Terrorismus zu beenden. Nationen, die direkt oder indirekt in Ausbildung, Bewaffnung, Finanzierung und Unterstützung von Extremistengruppen mit Verbindungen zu Terroristen verwickelt sind, tun dies in Verletzung des Völkerrechts und müssen verurteilt und zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir schätzen und unterstützen ausdrücklich globale Medien, die fair und ausgewogen sind und objektiv über das Weltgeschehen berichten. Wir verurteilen westlich orientierte Medien, die Staatsoberhäupter oder ganze Nationen und Religionen dämonisieren, eklatant falsche Berichterstattung betreiben, und bewusst eine voreingenommene und einseitige Sicht der Ereignisse präsentieren.

Wir verpflichten uns dazu, uns für gewaltlose Bemühungen zu engagieren, oder diese zu unterstützen, um den Weltfrieden und Toleranz gegenüber allen Völkern und Überzeugungen zu fördern.

Schliessen wir uns zusammen, indem wir diesen Aufruf unterzeichnen, ihn bekannt machen und/oder diese Erklärung und alle gleichgesinnten Bemühungen verbreiten.

«NEIN zu Krieg ... JA, zu einer multipolaren Welt!»

(multipolare-welt-gegen-krieg.org)

zahlreichen Demonstrationen der Bevölkerung und der Politiker. Am 17. Mai 2015 versammelten sich beispielsweise 35 000 Menschen aus der lokalen Bevölkerung, um gegen die neue Militärbasis zu protestieren. Der Gouverneur rief während der Sitzung der U.N. Human Rights Commission in Genf am 21. September 2015 zu internationaler Unterstützung auf.

Abschliessend verwies der japanische Friedenskämpfer auf die japanische Verfassung, Artikel 9, die wie folgt lautet: «(Wir) verzichten für immer auf Krieg und die Androhung oder Anwendung von Gewalt als Mittel zur internationalen Streitschlichtung. Niemals dürfen Land-, Wasser-, Luftstreitkräfte oder andere Kriegspotentiale zu diesem Zweck Verwendung finden.»

Demo in Sichtweite der US-Folterbasis

Nach diversen Workshops am zweiten Tag, zu den verschiedensten Themenkomplexen, nach denen auch rege diskutiert wurde und an denen sich die Teilnehmer der Schweizerischen Friedensbewegung Jonas Jäggi, Samuel Wanitsch und Julia Hoppe aktiv beteiligten, war der Höhepunkt des Seminars der dritte und letzte Tag.

Am 25. November 2015 war es nämlich möglich von einem Aussichtspunkt aus die Militärbasis Guantánamo zu sehen. Zuvor gab es einen Empfang durch die lokalen Behörden vom «Grenzort» Caimaneras, die nochmals auf die verheerenden Folgen der Militärbasis für Guantánamo und die nähere Umgebung hinwies. Schon auf dem Weg nach Caimanera hinein waren die Strassen von Menschenmengen gesäumt, die die Ankunft der Teilnehmer des Seminars bejubelten. Diese Welle der Sympathie und Dankbarkeit, dass man sich auch ausserhalb von Kuba für die Abschaffung von Militärbasen und eine Welt des Friedens einsetzte, wurde auf der Abschlusskundgebung weiter verstärkt. Während der Kundgebung wurden die Ergebnisse der letzten beiden Tage vorgetragen. Hier ein Auszug der Forderungen und Massnahmen (detailliertere Informationen finden Sie unter: <https://cubaporlapaz.wordpress.com/2015/12/>):

- Der unaufhaltsame Anstieg der militärischen Bedrohung durch die NATO muss überwunden werden
- Ende der Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba
- Beendigung der Unterdrückung der Sozial-, Arbeits-, und Gewerkschaftskämpfe
- Zurückdämmung der imperialistischen Gegenoffensive
- Kampf gegen alle Formen der Aggression
- Stärkung internationaler Kampagnen für eine friedliche Welt ohne nukleare, chemische, bakteriologische Waffen
- Stärkung des Bewusstseins für die Gefahren des Klimawandels und die Erreichung des Friedens
- Verstärkung der Solidarität mit der Bevölkerung Boliviens und Venezuelas

Abschliessend mischten sich die Teilnehmer des Seminars unter die lokale Bevölkerung, es wurde sich rege ausgetauscht, getanzt und gefeiert.

Fazit

Wie das Seminar wiederholt zeigt, ist es nicht nur die Militärbasis in Guantánamo, die heruntergefahren werden muss. Sämtliche ausländischen Militärbasen, die gegen den Willen der Völker auferlegt wurden, müssen geschlossen und das Land den Menschen zurückgegeben werden. Es ist der Verantwortung der Teilnehmer des Seminars, die Stimmung und Energie, die während der Konferenz herrschte, in ihre Heimatländer mitzunehmen, um diesen wichtigen Kampf fortzusetzen.

Weltfriedensrat traf sich in Kuba

Kampfansage an die NATO

Vom 20. und 21. November 2015 trafen sich im kubanischen Guantánamo, nur wenige Kilometer von der amerikanischen Militärbasis entfernt, die weltweiten Vertreter der Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates (WFR). An diesem Treffen – Gastgeber war das *Movimiento Cubano por la Paz y la Soberanía de los Pueblos (MOVPAZ)* – nahmen Organisationen aus 15 verschiedenen Staaten teil, darunter aus der Schweiz eine Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung SFB.

Von Julia Hoppe

Der Weltfriedensrat kam zu seinem Exekutiv-Komitee-Treffen zusammen, um gemeinsam mit seinen Mitgliederorganisationen für den Frieden einzutreten und gegen den Imperialismus mit seinen verheerenden Folgen. Als Gegner eines friedlichen Zusammenlebens wurde in den Diskussionsbeiträgen diese weltweite Bedrohung in all ihren möglichen Erscheinungsformen dargestellt: politisch, ideologisch, militärisch und ökonomisch.

Den Beiträgen der Organisationen liess sich entnehmen, dass verursacht durch die Krise des Kapitalismus, immer mehr Menschen unter den Folgen wie Armut leiden, wobei zeitgleich die Profite von Monopolisten und multinationalen Unternehmen wachsen. Die Auswirkungen dieser Politik werden von den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung getragen, d. h. Bauern, Rentner, Jugendliche sind es, die von steigender Armut, Arbeitslosigkeit und Mangelernährung betroffen sind. Es wurden diverse Vorwände dargestellt, um die Kontrolle über Energieressourcen oder geopolitisch strategisch wichtige Orte zu sichern, sowie deren Konsequenzen aufgezeigt, wie man sie beispielhaft an den Flüchtlingsströmen aus Syrien und dem Mittleren Osten sehen kann. Die Kriege von heute sind eine Folge dieser Art von Politik.

Die Sachlage bzw. durchgeführten Massnahmen, die auf den diskutierten Themen der vorherigen Treffen (vor allem der Generalversammlung 2014 in Goa, Indien und dem Sekretariatstreffen 2015 in Istanbul, Türkei) basieren und beschlossen wurden, können wie folgt zusammengefasst werden:

Zone des Friedens

Lateinamerika: Die Gastgeberregion des diesjährigen Exekutiv-Komitee-Treffens und ihre Bevölkerung, litt Jahrzehnte lang unter Unterdrückung und Diktatur. Die Entscheidung der CELAC (span. Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, dt. Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten) auf ihrer Konferenz 2014 in Caracas, die Region zu einer «Zone des Friedens» zu erklären, ist von grosser Bedeutung und wird den Gefühlen und Bemühungen eines Grossteils der Bevölkerung Lateinamerikas und der Karibik gerecht. Der finale Sieg der Menschen in Lateinamerika ist in weiten Teilen abhängig von der Konfrontation und der Machtabwehr des Kapitals, der einheimischen reaktionären Kräfte sowie imperialistischer Interventionen. Kuba und seine mutigen Menschen in der Region Guantánamos verteidigen ihre unveräußerlichen Rechte auf das von den USA besetzte Gebiet. Die Zeit sei gekommen, so wurde betont, in der sich Amerika nicht mehr hinter billigen Ausreden verstecken kann und es zu handeln gilt. Die Militärbasis muss geschlossen werden und die US-Truppen müssen Kuba verlassen.

USA: Die US-Amerikaner fordern vom Weltfriedensrat verstärkten Einsatz und mehr Aktivitäten zur Abschaffung der NATO. Die von den USA angeführte NATO war seit jeher der aggressive militärische Arm des weltweiten Imperialismus. Aktionen der USA sowie der NATO haben bislang immer wieder zu verheerenden Auseinandersetzungen geführt, die im

momentanen Ausmass zwischen den grossen nuklear bewaffneten Staaten zu einem dritten Weltkrieg eskalieren und die gesamte menschliche Zivilisation zerstören können. Zahlreiche Demonstrationen und Konferenzen haben bereits in Nordamerika und Europa stattgefunden. Es gilt mehr Menschen für die Idee zu mobilisieren, damit schnellst möglich eine vollständige Abschaffung der NATO herbeigeführt werden kann. Dies soll mithilfe folgender Massnahmen geschehen: enge Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen; alle 1.5 bis 2 Jahre eine internationale Konferenz,



Der Exekutivsekretär des Weltfriedensrates, Iraklis Tsavdaridis (Griechenland) im Gespräch mit Silvio Platero, dem Lateinamerika-Koordinator des WFR und Präsidenten der kubanischen Friedensbewegung. Foto UW

um die Operationen der NATO und ihre imperialistischen Hintergründe offenzulegen und die breite Öffentlichkeit zu informieren; nationale Beziehungen mit der Regierung nutzen. Das Sekretariat des Weltfriedensrates wurde beauftragt, zu jeder Sekretariats-, Vorstandssitzung und Generalversammlung einen entsprechenden Bericht zu verfassen und darin die Fortschritte festzuhalten.

Gefährliche Verlagerung

Asien: Auch in Asien geht der Kampf gegen die weltweiten imperialistischen Pläne voran, was sich beispielsweise im Kampf gegen den US-amerikanischen «Pivot to Asia» (Schwerpunktverlagerung nach Asien) zeigt: Die USA beabsichtigen, 60% ihrer militärischen Macht in den asiatischen und pazifischen Raum zu verlagern, womit zahlreiche bilaterale und multilaterale Militärabkommen verbunden sind, die wiederum neue Bedrohungen für den Frieden und die Stabilität in der Region darstellen. Die japanische Friedensbewegung etwa bekämpft diese Pläne, indem sie sich gegen die Schaffung neuer Militärbasen in ihrem Land zur Wehr setzt. Einen weiteren Anlass zur Besorgnis sieht man in den Entwicklungen im südchinesischen Meer, wobei man an den friedlichen Verhandlungen aller Beteiligten festhalten und eine Lösung aufgrund der UN-Konvention des Meeresrechts (1982) suchen sollte.

Afrika: Leider war auf der Sitzung des Exekutiv-Komitees in Guantánamo kein Vertreter des afrikanischen Kontinents anwesend. Stellvertre-

tend für den afrikanischen Kontinent verlas Iraklis Tsavdaridis (Exekutiv-Sekretär des Weltfriedensrates) eine Grussbotschaft der Genossen aus Südafrika.

Im französischsprachigen Teil Afrikas bestimmen die Interessen und Einflüsse Frankreichs politisch, sozial sowie wirtschaftlich weiterhin das Leben der Menschen. Die wirtschaftlich ungleiche Beziehung zum ehemaligen Kolonialherren, lassen die Metropolen profitieren und die ehemaligen Kolonien leiden. Die Imperialisten schrecken auch nicht vor Kriegen zurück, wenn sie ihre Interessen sonst nicht durchsetzen können. Die Vereinten Nationen und die Afrikanischen Union werden häufig dafür instrumentalisiert, die Kontrolle über militärische Eingriffe zu gewinnen.

Die Rivalitäten zeigen sich auch oder viel mehr gerade in Handels- und Finanzfragen. Mit Chinas enormem

tragischen Bilder von den südlichen Küsten Europas vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt, wobei die Problematik seit Jahrzehnten bekannt ist: Die afrikanische Jugend versucht Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit zu entfliehen, welche durch die imperialistische Weltpolitik und ihre Auswirkungen auf die einzelnen afrikanischen Länder hervorgerufen werden.

Friedenskampf in Syrien

Mittlerer Osten: Die Situation im Mittleren Osten eskaliert gefährlich. Die Konzentration militärischer Mächte zu Boden und in der Luft, zum Beispiel in Syrien, zudem der Wettstreit der imperialistischen Mächte um die Zentren herum führt zu einer explosiven Stimmung. Besonders eindrücklich und nachhaltig war der Bericht des syrischen Friedensfreundes Arsheed Alsayasneh, der für die zweitägige Sitzung aus Damaskus anreiste und von der Lage vor Ort berichtete. Es folgt ein Auszug aus seiner Rede vom 20. November 2015, der aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt wurde (die gesamte Rede kann bei



Alfred Marder, Präsident des US-Friedensrates. Foto UW

Interesse durch das Sekretariat gerne per Mail zugesandt werden: mail@friedensbewegung.ch).

«Liebe Freunde, unser geliebtes Land Syrien ist durch die USA und den weltlichen Zionismus seit nun mehr als vier Jahren den grausamsten und aggressivsten Angriffen in seiner Geschichte ausgesetzt. Diese Angriffe werden von in der Region ansässigen Handlangern aus der Golfregion und der Türkei ausgeführt. Tausende von Terroristen aus mehr als 85 Ländern wurden rekrutiert. Dies entspricht 80% der Gesamtzahl an Terroristen,

die sich momentan in Syrien aufhalten. Ihr Ziel ist es, den syrischen Staat mit all seinen Komponenten und Institutionen zu zerstören, [...]. Es ist kein Geheimnis mehr, dass es sich bei den Vorkommnissen in Syrien nicht um Forderungen von Frieden oder Demokratie handelt, wie vorgegeben wird, sondern dass es um die Unterwerfung Syriens geht, damit die Amerikaner ihre Pläne in der Region umsetzen können. Die Vorkommnisse in Syrien sind ein Krieg gegen die Menschlichkeit und Zivilisation. [...] Dies wurde durch die Zerstörung archaischer Denkmäler in der Stadt Palmyra sowie anderen Städten und die barbarische Tötung des Archäologen Khaled al As'ad in schrecklicher Weise bewiesen. Es wird versucht die Menschheit zurück in prähistorische Zeit zu ziehen. Die Terroristen, die aus allen Teilen der Welt stammen, zerstören die Infrastruktur, Wasser- und Kraftwerke, es wird Arbeitern und Bauern verboten ihren Arbeiten in Fabriken und auf Feldern nachzugehen, Ernten dürfen nicht eingefahren werden, um die Volkswirtschaft zu schwächen und zu zerstören, [...]. Wir vergessen nicht die Rolle der türkischen Regierung, die von Präsident Erdogan vertreten wird und veranlasste, syrische Migranten auf See von türkischen Piratenbanden ertränken zu lassen und ihre Organe an illegale Medizinnetze zu verkaufen. Darüber hinaus werden syrische Fabriken und Öl gestohlen, dass dem syrischen Volk gehört. [...] Eine entscheidende Rolle kommt den Regierungen aus Katar und Saudi-Arabien zu, die die Terroristen mit Waffen und Geld unterstützen und ihnen so ermöglichen, den Krieg weiterzuführen und ihren Meistern in Europa und Amerika zu dienen. [...] Seit Beginn der Krise sucht Syrien eine politische Lösung, die von der syrischen Bevölkerung selbst gemacht ist, ohne ausländische Interventionen. Syrien reagierte auf alle Vorschläge für eine friedliche politische Lösung. Aber die enge Zusammenarbeit zwischen den terroristischen Gruppierungen und den Unterstützern auswärts machten diese Initiativen unmöglich. Trotzdem möchte Syrien immer noch eine politische Lösung, die die Unabhängigkeit des Landes garantiert und die Souveränität und die territoriale Integrität sichert und in welcher der Kampf gegen den Terrorismus Priorität hat. [...].»

Europa: Es wurden die Ergebnisse des Regional-Treffens in Istanbul, Türkei aus Juni 2015 vorgetragen (s. UW 3/2015).

Die Generalversammlung des Weltfriedensrats findet im November 2016 in Brasilien statt. Detailliertere Informationen können in den kommenden Wochen unserer Internetseite entnommen werden (www.friedensbewegung.ch).

Marche mondiale des Femmes

Solidarität mit den Saharais

Die weltweite Organisation «Marche mondiale des femmes» rief am 18. Februar 2016 zum Tag der Solidarität mit den Frauen der Westsahara auf, wie es die 9. Internationale Tagung des Weltmarsches der Frauen beschlossen hatte.

«In diesem Jahr 2016 feiern wir den 40. Jahrestag der Arabischen Demokratischen Republik Sahara», heisst es in dem entsprechenden Aufruf. Trotz der Jahre, die vergangen sind, sei das saharauische Volk weiterhin durch eine 2500 km lange, von Landminen umgebene Mauer getrennt. «Die Saharais leiden noch immer unter Besatzung, Missbrauch und Menschenrechtsverletzungen durch die marokkanischen Streitkräfte.»

An diesem Tag der Solidarität mit ihren kämpfenden Schwestern in der Westsahara gedächten sie Chaiaa, einer schwangeren Krankenschwester, die vor vierzig Jahren im Lager von



Umdreiga einem grausamen Attentat der Marokkanischen Besatzungstruppen zum Opfer fiel, als sie Verwundeten half, die der brutalen Besatzung zu entkommen suchten. «Heute, von Asien nach Nord- und Südamerika, in Afrika und Europa, erheben wir unsere Stimme in Solidarität mit den saha-

rauschen Frauen, die in ihrer Heimat, in Flüchtlingslagern und in der Diaspora noch immer für ihre Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen. Wir sind mit euch, Schwestern!»

Der Weltmarsch der Frauen ruft alle Nationen dazu auf, sich für die Sache der Saharais einzusetzen und ihr Recht auf Selbstbestimmung und die Anerkennung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara zu unterstützen. Die UNO-Resolution von 1991 (!) zum Referendum über das Schicksal der besetzten Gebiete in der Westsahara müsse so schnell wie möglich umgesetzt, die saharauischen politischen Gefangenen in Marokko unverzüglich freigelassen und der Plünderung der natürlichen Ressourcen durch Marokko ein Ende gesetzt werden.

Israel und die Demokratie

Wenn Gott verzweifelt

Das Recht der Meinungsfreiheit bedeutet nicht das Recht, populäre Ansichten auszudrücken, meint unser Friedensfreund Uri Avnery aus Tel Aviv. «Populäre Ansichten benötigen keinen Schutz. Meinungsfreiheit bedeutet das Recht, Ansichten zu äussern, die von der Mehrheit verabscheut werden.» Dieses Recht sieht der 93jährige Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist in seiner Heimat zunehmend bedroht.

Von Uri Avnery

Direkt nach der Gründung Israels erschien Gott David Ben Gurion und sagte zu ihm: «Du hast meinem Volk gegenüber Gutes getan. Äussere einen Wunsch und ich will ihn dir erfüllen». «Ich wünsche mir, dass Israel jüdisch, demokratisch sei und das ganze Land zwischen Mittelmeer und Jordan umfassen soll», antwortete Ben-Gurion.

«Das ist selbst für mich zu viel» rief Gott aus. «Aber ich will dir zwei von den drei Wünschen erfüllen. Du kannst wählen zwischen einem jüdischen und demokratischen Israel in einem Teil des Landes, einem demokratischen Staat im ganzen Land, das nicht jüdisch ist oder einem jüdischen Israel im ganzen Land, das nicht demokratisch ist.»

Gott hat seine Meinung nicht verändert.

Während ich das schreibe (20. Februar 2016, die Red.), ist Benjamin Netanjahu völlig damit beschäftigt, ein neues Gesetz zu erlassen, ein Gesetz, das in der Geschichte Israels ein Wendepunkt sein würde. Die Öffentlichkeit sieht in belustigter Weise zu, als ob es in Kamschatka geschehen würde.

Dieses Gesetz würde (ich könnte «wird» sagen) 90 von 120 Knesset-Mitgliedern in die Lage versetzen, einige oder alle andern Mitglieder aus der Knesset zu vertreiben. Die Gründe für solch eine Entscheidung sind nebelhaft: Unterstützung von «Terrorismus» durch Reden als auch durch Handeln, Aberkennung des jüdischen Charakters des Staates Israel und Ähnliches.

Wer entscheidet? Die Mehrheit natürlich.

Der unmittelbare Anstoss, dieses Gesetz vorzuschlagen, wurde durch die drei arabischen Knessetmitglieder ausgelöst, die die Eltern von arabischen «Terroristen» im annektierten Ost-Jerusalem besuchten. Ich habe dies in meinem letzten Artikel erwähnt. Sie hatten einen guten Vorwand – ihnen zu helfen, die Leichname ihrer Söhne, die an Ort und Stelle erschossen wurden, zurückzubekommen. Aber der offensichtliche Grund war, zu kondolieren.

Jetzt mag behauptet werden, dass eine trauernde Mutter eine trauernde Mutter ist, ungeachtet der Ursache des Todes ihres Sohnes und dass zu kondolieren eine menschliche Tugend ist. Aber das mag für Likud-Mitglieder zu humanistisch sein.

In den guten alten Zeiten, als wir die «Terroristen» waren und die Briten die Besatzer, würde ich gewiss einem Nachbarn kondolieren haben, dessen Sohn während eines Irgun-Überfalls erschossen worden ist. Ich denke, die Briten hätten mich deshalb verhaftet.

Nach dem Gesetz sind Knesset-Mitglieder immun vor Strafverfolgung wegen irgendeines Aktes, der mit ihren Pflichten übereinstimmt. Für Knessetmitglieder ist ein Besuch bei ihren Wählern unter solchen Umständen solch ein Akt. Deshalb ist ein neues Gesetz nötig.

Und was für ein Gesetz!

«Man stelle sich so etwas in England oder in den USA vor», donnerte Netanjahu, «ein Parlamentsmitglied oder ein Kongressmann, der Terroristen unterstützt.»

«Man stelle sich so etwas in Grossbritannien oder den USA vor», würde ich erwidern, «ein Gesetz, das drei

Viertel des Parlaments oder Kongresses erlaubt, andere rauszuschmeissen!»

Netanjahu wurde in den USA erzo-gen. Ganz sicherlich wurde ihm beigebracht, dass Demokratie nicht nur bedeutet, dass die Mehrheit regiert. Adolf Hitler wurde wahrscheinlich von der Mehrheit unterstützt. Demokratie bedeutet, dass die Mehrheit die Rechte der Minderheit respektiert, einschliesslich des Rechtes der Meinungsfreiheit.

Das Recht der Meinungsfreiheit bedeutet nicht, das Recht, populäre Ansichten auszudrücken. Populäre Ansichten benötigen keinen Schutz. Meinungsfreiheit bedeutet, das Recht, Ansichten zu äussern, die von der Mehrheit verabscheut wird.

Sicherlich bedeutet es, dass Minderheiten ihre Ansichten mit friedlichen Mitteln zum Ausdruck bringen dürfen. Und hier liegt der Hund begraben.

Gesetz gegen die arabische Minderheit

Jeder versteht, dass das Recht der 90, 30 zu vertreiben, eine Bedrohung für die Araber ist, aus der Knesset vertrieben zu werden. Die «arabische» Fraktion in der gegenwärtigen Knesset besteht aus 13 Mitgliedern und wird wahrscheinlich bei den nächsten paar Wahlen grösser werden.

(Es ist ein bisschen kompliziert. Die «arabische» Fraktion schliesst ein jüdisches Mitglied ein, das sehr respektiert wird. Die «jüdischen» Fraktionen schliessen einige arabische Mitglieder ein, die über ernste Angelegenheiten nicht wagen, ihren Mund aufzumachen.)

Dies ist kein Gesetz gegen «terroristische» Sympathisanten. Dies ist ein Gesetz gegen die arabische Minderheit. Die Knesset wird jüdisch sein, ganz einfach nur jüdisch.

Kommen wir zurück auf Gottes Vertrag mit Ben Gurion. Es wird ein jüdischer Staat im ganzen Land sein, ohne demokratisch zu sein.

Nichts gelernt aus der eigenen Geschichte

Juden sind seit dem babylonischen Exil etwa vor 2500 Jahren Minderheiten gewesen. Alle Juden sind Tausende von Jahren Minderheiten gewesen. Man sollte glauben, dass 80 Generationen ausreichen, um zu erfahren, wie ein Staat sich gegenüber Minderheiten verhalten sollte. Tatsächlich könnte man geglaubt haben, dass alle Staaten der Welt Delegationen nach Israel senden würden, um zu lernen, wie Minderheiten behandelt werden sollten. Der Gründer des Zionismus, Theodor Herzl hat sicherlich so gedacht und beschrieb die idyllischen Beziehungen zwischen dem jüdischen Staat und seinen arabischen Bewohnern in seiner futuristischen Novelle «Altneuland».

Leider ist dies nicht so geworden. Die Zeiten, als ein junges und frisches Israel Progressive aus aller Welt anzog, um die Kibbuzim und Moschavim (kooperative Dörfer) zu sehen, sind längst vorbei. (Es kam jetzt heraus, dass Bernie Sanders, einer der US-Demokratischen Präsidentschafts-Kandidaten einmal ein freiwilliger Arbeiter in einem Kibbuz war). Selbst bevor das vorgeschlagene Gesetz erlassen wird, ist Israel eines der am wenigsten demokratischen Länder der westlichen Welt, zu der Israel gehören will.

Im Westjordanland, das von Israel beherrscht wird, leben etwa 2,5 Millionen Menschen, die ohne zivile und ohne Menschenrechte sind. Gerade dieser Tage beschrieb Amira Hass, die mutige israelische Berichterstatte-rin der Besatzung, wie eine komfortable Wohnung einer palästinensischen Bürgerfamilie mitten in der Nacht von einem Militärtrupp besetzt wurde und ihr gesagt wurde, sie solle ihr Wohnzimmer sofort räumen, damit es ein Armee-Aussenposten werden kann – so sagte man ihnen. Die Soldaten brachten ein tragbares chemisches WC mit, aber unirierten selbst frei vom Balkon.

Wir glaubten eine Zeit lang, dass Israel «die einzige Demokratie im Nahen Osten» bleiben könnte, während es grosse Gebiete besetzt hielt. Hielten die Briten nicht hunderte Millionen Inder unterjocht, während das Heimatland ein leuchtendes Beispiel für Demokratie blieb? Sicherlich, aber ein Engländer benötigte mehrere Wochen, um von Liverpool nach Bombay zu segeln, genug Zeit, um seine Persönlichkeit zu verändern, während wir nur fünf Minuten brauchen, um von Israel ins Westjordanland zu kommen.

Übergewicht dank Einwanderung

Die arabischen Bürger im eigentlichen Israel machen 20 % der Bevölkerung aus. Sie sind der Rest einer grossen Mehrheit, von welcher die meisten geflohen waren oder vertrieben wurden.

Dieser Prozentsatz ist von Anfang des Staates an bis jetzt geblieben, eine Zeit, in der die Bevölkerung von Israel um das Zehnfache gewachsen ist.

Ein Wunder? Beinahe. Das riesige natürliche Anwachsen der arabischen Bevölkerung hat die jüdische Einwanderung ausbalanciert, die zunächst aus islamischen Ländern, dann aus Russland und zuletzt aus Äthiopien gekommen ist. Die Araber sind immer noch 20%, wie Gott es voraussah.

Die erste Generation «israelischer Araber» – wie die Juden sie zu ihrem Missfallen nannten, waren bescheiden und untertänig, noch immer geschockt von der immensen Katastrophe, die über ihr Volk gekommen war. Um der Sicherheit willen wurden sie einer «Militärregierung» unterworfen, die die Bewegungsfreiheit einschränkte. Ein Araber konnte nicht ohne schriftliche, militärische Genehmigung von einem Dorf ins andere gehen, noch weniger einen Traktor kaufen oder seinen Sohn zum Studieren schicken. Dieses System wurde erst nach 17 Jahren aufgehoben.

Die Chuzpe der Araber

Man mag sich fragen, warum ihnen das Stimmrecht überhaupt gewährt wurde. Nun, da sie so gutmütig waren, entschied Ben Gurion, durch und durch ein Partei-Mensch, sie würden die Mehrheit seiner Partei bei den Wahlen abstützen. Dies geschah tatsächlich.

Aber nun gibt es eine dritte Generation arabischer Bürger. Nun gibt es arabische Universitätsprofessoren, Chefärzte, Unternehmer, sogar Polizei-kommandanten. Es gibt palästinensische Nationalisten, Islamisten, Kommunisten. Sie haben Gefühle, Forderungen, ja sogar die Chuzpe, volle Gleichheit zu verlangen.

Das würde in einer normalen Situation ein genügend grosses Problem sein. Aber die Situation hier ist nicht normal. Israels nationale Minderheit ist ein Teil des palästinensischen Volkes, deren ganzes Gebiet die gegenwärtige israelische Führung wegzunehmen wünscht.

Ganz hinten in meinem Kopf habe ich ein Drehbuch für einen Film. Ich bin bereit, es umsonst weiterzugeben.

Zwei jüdische Brüder, nennen wir sie Abraham und David, fliehen aus Nazi-Deutschland. David geht in die USA. Abraham nach Palästina.

David schliesst sich natürlich der Bewegung von Martin-Luther-King an und wird führender Aktivist für zivile Rechte und ist jetzt ein eifriger Mitkämpfer für die Rechte von Minderheiten. Er unterstützt auch BDS, die zum Boykott von Israels Siedlungen aufruft.

Abraham, der sich selbst Rami nennt, ist ein Oberst in der israelischen Armee, ein eifriger Nationalist und regelmässiger Likud-Wähler, ein Bewunderer von Netanjahu. Durch reinen Zufall (dies ist schliesslich ein Film) war er einmal ein Mitglied desselben Kibbuz, in dem Bernie Sanders als freiwilliger Arbeiter war.

Er hat die Verantwortung für einen grossen Teil des Westjordanlands und ist zufällig auch verantwortlich für die Order, nach der Palästinenser aus ihrer Wohnung geworfen werden – aus Sicherheitsgründen.

Kampf um den Zugang zu medizinischer Hilfe

Krebs in Gaza

Krebskranke in Palästina führen einen doppelten Kampf: Gegegn den Krebs, der sie zu zerfressen droht, und gegen die israelische Besatzung, die ihr die notwendige medizinische Hilfe verwehrt oder erschwert.

Von Isra Saleh el-Namey

Umaimah Zamalat dachte, ihre Papiere wären in Ordnung.

Die 52-Jährige aus Beit Lahia im nördlichen Gazastreifen hat schon eine Bestrahlungstherapie im Makasgad-Krankenhaus in Ost-Jerusalem gegen ihren aggressiven Brustkrebs hinter sich.

Aber als sie zum Grenzposten von Erez kam, um zu einer zweiten Behandlung auszureisen, wurde sie angehalten.

«Meine Genehmigungsunterlagen, um nach Jerusalem zu fahren, gelten, bis ich alle vier Bestrahlungen hinter mir habe. Aber hier sagt man mir, meine Genehmigung wäre abgelaufen», teilte Zamalat Electronic Intifada mit.

Die israelischen Militärbehörden am Grenzposten von Erez wiesen sie einfach ohne Erklärung zurück. Patienten aus Gaza wird ein Aufenthalt in Jerusalem oder in israelischen Krankenhäusern für die Dauer der Behandlung nicht erlaubt. Sie müssen daher zwischen einer Behandlung und der nächsten nach Hause zurück. Sie laufen daher ständig die Gefahr, dass ihre Genehmigungen plötzlich und aus scheinbar unerklärlichen Gründen zurückgenommen werden.

Dies hat wiederum schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit der Patienten.

«Ich mache mir große Sorgen. Die Ärzte teilten mir mit, dass mein Fall sehr sensibel auf Verzögerungen reagiert», so Zamalat.

Wenig Hoffnung

Zamalat hat um eine neue Genehmigung gebeten, um die Therapie beenden zu können. Aber sie hat wenig Hoffnung.

«Unser Problem betrifft nicht nur den Krebs. Es ist die Besatzung, die uns in jeder Kleinigkeit unseres Lebens und somit auch in unseren Krankheiten bedrückt», sagte sie.

Eine verzögerte Erteilung der Einreisegenehmigung nach Israel kann ernste Konsequenzen mit sich bringen. Wenn Termine verpasst werden, müssen die Patienten das gesamte Aufnahmeverfahren erneut durchlaufen. «Man lässt uns in Stille sterben», meinte Amina Ahmad, die seit 2012 an Lungenkrebs leidet.

David leitet eine US-amerikanische Menschenrechtsdelegation, die kommt, um das zu untersuchen, was in den besetzten Gebieten geschieht. Rami hat die Aufgabe, dies zu verhindern. Und so weiter.

Auf Gott zurückzukommen. Er schüttelt seinen Kopf. Diese Menschen – so fragt Er Sich selbst – werden sie nie lernen?

Kein Land hat jemals davon profitiert, dass es seine Minderheiten hinausgeworfen hat. Nazi-Deutschland warf seine jüdischen Wissenschaftler hinaus, einige von ihnen gingen in die US und bauten für US-Amerika die Atombombe. Lange zuvor warf der katholische König von Frankreich die protestantischen Hugenotten hinaus, die nach Preussen emigrierten und die eine kleine Garnisonstadt mit Namen Berlin in ein Weltzentrum von Industrie und Kultur verwandelten. Es gibt noch mehr Beispiele.

Falls zweitausend Jahre uns nicht irgendetwas gelehrt haben, wann werden wir jemals lernen?

(Quelle: tlaxcala-int.org; Übersetzung Ellen Rohlf; Untertitel UW)

Das gesamte Gesundheitspersonal in Gaza dokumentierte einen beunruhigenden Anstieg von Krebserkrankheiten im verarmten Landstreifen.

Dr. Mohammed Abu Shaban ist ein palästinensischer Onkologe, der in verschiedenen Krankenhäusern in Gaza arbeitet. Während der letzten zwei Jahre, berichtete er in Anlehnung an die Statistiken des Gesundheitsministeriums in Gaza, stieg die Zahl der Krebskranken auf 14 600.

«Jeden Monat gibt es wenigstens 120 neue Krebspatienten», teilte der Arzt Electronic Intifada mit.

Abu Shaban meint, es gäbe eine direkte Verbindung zwischen der steigenden Anzahl der Krebskranken und den drei Kriegen gegen Gaza in den letzten acht Jahren. Ärzte in Gaza und ausländisches Gesundheitspersonal gehen schon länger davon aus, dass Israel im Gazakrieg neue Waffen, inklusive der Dense Inert Metal Explosives (DIME, zu Deutsch: Sprengstoff mit dichtem, inertem Material) oder Munition mit radioaktivem Material eingesetzt hat.

«Die israelischen Streitkräfte haben illegale Waffen mit lebensgefährlichen, radioaktiven Materialien genutzt, die in den Boden eindringen», so Abu Shaban. «Leute, die in der Nähe von Abwurfgebieten leben, sind diesen Materialien ausgesetzt. Dies erhöht das Krebsrisiko für diese Menschen.»

Dem Arzt zufolge ist Leukämie die häufigste Krebsart im Gazastreifen. Nach seiner Schätzung sind 25% der auf Krebs zurückzuführenden Sterbefälle auf Leukämie zurückzuführen.

Neben der Schwierigkeit, den Zugang zur Behandlung zu erhalten, besteht auch das Kostenproblem. Wegen der Armut und Arbeitslosigkeit, die beide ungefähr bei 40% liegen, sind die Palästinenser in Gaza auf Regierungshilfe angewiesen.

«Die Menschen können sich die unerschwinglichen Preise der Gesundheitsdienste nicht leisten», meinte Abu Shaban. «Wir brauchen dringend mehr finanzielle Mittel, um die zusätzlichen Kosten unserer Patienten zu decken.» Wegen der israelischen Blockade sind die Krankenhäuser in Gaza nicht in der Lage, selbst Strahlungs- oder Chemotherapiebehandlung anzubieten. (Quelle: tlaxcala-int.org; Übers. Ellen Rohlf; gekürzt UW)

Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat

Wie ein Flächenbrand entsteht

«Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert» hiess ein Buch, das wir in der UW 2/2013 besprochen haben. Es enthielt u.a. zwei Beiträge der Syrien-Kennerin Karin Leukefeld. Kürzlich nun erschien von dieser Autorin mit «Flächenbrand» ein eigenes Buch, in welchem sie ihre Beobachtungen von Syrien auf die arabische Welt ausweitet und aktualisiert. Antoinette Mächtlinger stellt Auszüge daraus vor.

Von Antoinette Mächtlinger

«Das vorliegende Buch berichtet über die Ausbreitung eines Flächenbrandes, vor dem viele Stimmen 2011 gewarnt hatten», schreibt Karin Leukefeld in ihrem Vorwort. «Es geht um die vorsätzliche Zerstörung Syriens – und in deren Folge auch um die seiner Nachbarstaaten.» Als Einstieg in das Buch empfehlen wir das letzte Kapitel: «Meine Arbeit in Damaskus». Hier werden die Fragen beantwortet, die während der Lektüre auftauchen können: Wie kommt eine deutsche Journalistin dazu, sich seit Jahren frei in Syrien zu bewegen? Und wie lebt es sich im Damaskus von 2015?

Eskalation und Einmischung

Die Entwicklung des Krieges wird im ersten Teil in allen Einzelheiten nachgezeichnet: der Elternprotest gegen die Inhaftierung von Schülern in Daraa im März 2011, der sich zu einem Massenprotest ausweitete, die Schüsse in die Menge, die Eskalation bei der Beerdigung der Erschossenen, das Wiedererstarken der verbotenen Muslimbruderschaft, die Protestbereitschaft der jungen arbeitslosen Verlierer aus den Vorstädten und anderer unterdrückter Gruppen. Dann die treibenden Kräfte von aussen: die starken Gruppen der Exilsyrer, unterstützt von Westmächten und Golfstaaten, den «Freunden Syriens», die grossen Einfluss auf die Bildung der «Freien Syrischen Armee» haben und Syriens Wirtschaft durch Sanktionen lähmen. Die dramatische Verschlechterung der Lage 2012 durch die militärische Eskalation, die Wege der Söldner und Waffenlieferungen, die mangelnde internationale Hilfe für die Flüchtlinge, die gescheiterten Versuche der UNO-Vermittler.

Syriens Nachbarn: Anrainer und Akteure

Im zweiten Teil des Buches werden die Verwicklungen und Verflechtungen der entscheidenden Staaten und Gruppen erläutert, unter historischen, politischen, geografischen, kulturellen, wirtschaftlichen Aspekten. Wir beschränken uns auf einige Hinweise auf aktuelle politisch-militärische Auseinandersetzungen der einzelnen Staaten und Gruppen mit Syrien.

Türkei: Ein Hauptakteur im bösen Spiel. Schon im «Arabischen Frühling» in Ägypten war es die Türkei (zusammen mit Katar), die nach dem Sturz Mubaraks die USA dazu gedrängt hat, Präsident Mursi und damit die Muslimbrüder zu unterstützen. Erdogan war auch der Erste, der einen Korridor von der Türkei nach Syrien geschaffen hat, für Rebellengruppen und Kriegsmaterial (im Jahr 2012/13 laut SIPRI-Bericht 3 500 Tonnen). Weiter trug die Stationierung von NATO-Patriot-Raketen an der syrischen Grenze zur Anheizung des Konflikts bei. Auf das Kurdenproblem geht die Autorin nicht näher ein.

Irak: «Als die USA den Krieg gegen den Irak 2003 begannen, gehörte der junge Präsident Bashar al-Assad zu den schärfsten Kritikern des Waffengangs», schreibt die Autorin. Diese Haltung brachte Assad die Feindschaft der USA und Grossbritanniens ein, liess ihn jedoch «auf der Arabischen Strasse zum beliebtesten arabischen Staatsmann werden». 2004–2007 flohen Hunderttausende Iraker nach Syrien. 2009 fielen die Bezie-



Karin Leukefeld: «Flächenbrand», Syrien, Irak, die arabische Welt und der Islamische Staat, März 2015, Papyrossa-Verlag, Köln, Neue Kleine Bibliothek 208, 262 Seiten; 2., aktualisierte und erweiterte Auflage.

Zu beziehen bei Buchhandlung Wasser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89, buecher-waser@bluwin.ch

hungen erneut auf einen Tiefpunkt, da Irak Syrien beschuldigte, die schweren Anschläge auf irakische Ministerien durchgeführt zu haben. Die USA zählten Syrien zu den Schurkenstaaten.

Jordanien: 1996 wird das Königreich Jordanien von den USA in die Liste der «wichtigen Nicht-Nato-Verbündeten» aufgenommen, 2001 in den «Krieg gegen den Terror» eingebunden, und ab 2011 wird es zur Basis ausländischer Militärbeobachter und zur Drehscheibe für Waffenlieferungen. Jordanien gehört zur Kerngruppe der «Freunde Syriens», beherbergt 700 US-Spezialkräfte, die ein Ausbildungslager für Syrien-Kämpfer leiten. Im Grenzgebiet zu Syrien befindet sich Zaatari, das grösste Flüchtlingslager in der arabischen Welt. Von dort, aber auch vom übrigen Land, strömen Kämpfer in den Krieg nach Syrien. Für alle Kampfverbände, die südlich und westlich von Damaskus aktiv sind, ist Jordanien Aufmarschgebiet und Hinterland. Die Flüchtlingslager werden als «Musterbetriebe» vorgeführt, von UN-Organisationen betrieben und von vielen Staaten unterstützt.

Israel: Die Besetzung der Golanhöhen durch Israel 1967 hat die Flucht von 130 000 Syrern nach Damaskus zur Folge. Die UNO-Resolution 242, die den Rückzug Israels fordert, wird missachtet. Österreich, das seit 1974 die UNDOF-Mission zur Bewachung der entmilitarisierten Golan-Zone leitet, muss seine bedrohten Blauhelm-Soldaten 2013 zurückziehen, ebenso Japan und Kroatien. Die Nusra-Front nistet sich ein, jene Terrororganisation, die sich wie der IS aus den Muslimbrüdern heraus entwickelt hat und besonders gefährlich ist, da sie viele unterschiedliche Rebellengruppen infiltriert hat.

Libanon: Das Land, das durch künstliche Grenzziehung geprägt ist, leidet unter Kriegen mit Syrien, mit Israel, unter Attentaten und den Nachwehen des Bürgerkriegs (1975–1990). Die einst blühende Wirtschaft ist weitgehend zerstört, der Wassermangel verheerend. Politisch geben zwei unversöhnliche Parteien den Ton

an: die israelfeindliche, schiitisch-muslimisch geprägte, aber säkular politisierende Hisbollah einerseits, und andererseits die Zukunftsbewegung von Saad Hariri, wirtschaftsliberal, am Westen ausgerichtet, ebenfalls säkular politisierend. Die Zukunftsbewegung befürwortet von Anfang an den Krieg gegen Assad und schleust mit saudischem Geld finanzierte Waffen und Kämpfer ins Nachbarland; der militärische Arm der Hisbollah hingegen greift in Syrien auf Regierungsseite direkt in die Kämpfe ein, Hunderte Hisbollah-Kämpfer fallen.

Flüchtlinge: Schon Ende 2012 registriert die UNO 160 000 syrische Flüchtlinge allein in Libanon, einem Land mit knapp vier Millionen Einwohnern. Im Dezember 2014 muss das UN-Welternährungsprogramm (WFP) die Nahrungsmittelhilfe für 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern suspendieren. Grund: es fehlen 64 Millionen Dollar, weil Geberstaaten ihre Zusagen nicht einhalten. Immerhin gründet die EU-Kommission einen «Regionalen EU-Fonds» zur Hilfe in den Flüchtlingslagern.

Die Palästinenser in Syrien: Anfang 2011 sind 560 000 Palästinenser in zwölf Lagern in Syrien registriert. Die Hamas, die der Muslimbruderschaft nahesteht, unterstützt von Anfang an den islamistischen Aufstand in Syrien. Das Hamas-Zentralkomitee wird aus Damaskus ausgewiesen und landet auf Umwegen in der Türkei. Die «Volksfront zur Befreiung Palästinas» steht auf Seiten der Regierung. Je nach strategischer Lage werden die Lager beschossen, zur «militärischen Zone» erklärt, die Bewohner vertrieben. Die UNO-Hilfsorganisation zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge UNRWA zählt 235 000 palästinensische Flüchtlinge innerhalb Syriens, für deren Unterbringung sie sich einsetzt.

«Freunde Syriens» und «Anti-IS-Allianz»: Die «Freunde Syriens» wurden im Februar 2012 gegründet und bildeten, wie die Autorin meint, «eine Bühne für die neue und konfrontative US-Aussenpolitik, die damals von Hillary Clinton vertreten wurde». Im Juni 2013 beschlossen sie die Bewaffnung der «Freien Syrischen Armee». Von den ursprünglich 60 Staaten blieb eine Kerngruppe aktiv: Ägypten, Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Italien, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, die Türkei, die USA, die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie verfolgten unterschiedliche Ziele und konnten sich immer weniger einigen. Im Sommer 2014 gründeten die USA ein neues Bündnis, die «Anti-IS-Allianz».

Befund: Flächenbrand

So betitelt die Autorin den dritten Teil des Buches. Darin arbeitet sie u.a. die wirtschaftlichen Interessen und die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Staaten heraus. Es geht um die Erschliessung der grossen Gasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum, um die Arabische Gas-Pipeline, den Einstieg der Golfstaaten in die globalen Märkte (Beispiel Immobilienmarkt). Und insbesondere: Waffengeschäfte. Ab 2010 stellt der SIPRI-Bericht ein «regionales Wettrennen» im Mittleren Osten und Nordafrika fest. Angeheizt wird es durch israelische und US-Berichte von der «nuklearen Bedrohung» aus dem Iran. Ein Beispiel von 2012: In diesem Jahr exportierten europäische Länder 22% mehr Waffen in den Mittleren Osten als im Vorjahr. (2016: unser Herr Bundespräsident lässt grüssen.) Schon 2009 stellte der UN-Bericht über die menschliche Entwicklung in der ara-

bischen Welt bedrohliche Mängel auf den Gebieten Sicherheit, Ernährung, Bildung, Arbeit, Gesundheit fest. Und so, meint Leukefeld, dürfte eigentlich niemand überrascht gewesen sein, als im Dezember 2010 die Unruhen in Tunesien begannen.

Das Kapitel schliesst mit dem Satz: «Was 2011 als lokaler innenpolitischer Konflikt begann, ist durch aggressive regionale und internationale Einmischung ein Flächenbrand geworden.»

Der IS

Dann das Thema, das uns heutige Leser vor allen andern interessiert, der IS. «Seit Juni 2014 wurden die Schlagzeilen über die Entwicklung in Syrien vom selbsternannten «Islamischen Staat im Irak und in der Levante» (ISIL bzw. ISIS, arabische Abkürzung «Daesh») bestimmt,» schreibt Leukefeld, und fährt fort, dieser habe sich seit Frühjahr 2013 in brutalen Kämpfen gegen andere bewaffnete Gruppen durchgesetzt. Rakka und das irakische Mossul habe er eingenommen mit dem klaren Ziel, die syrischen und irakischen Ölfelder zu erobern. Die Autorin zitiert Joe Bidens Harvard-Rede vom Oktober 2014, in der er sich über die Türken, Saudis und Emirate beklagt: Sie seien so entschlossen gewesen, Assad zu stürzen und einen sunnitisch-schiitischen Stellvertreterkrieg zu starten, dass sie «Hunderte von Millionen Dollar und mehrere Tausend Tonnen Waffen in jeden gesteckt haben, der gegen Assad kämpfen wollte. Nur dass die Leute, die sie ausgerüstet haben, Al Nusra und Al Kaida waren, und die extremistischen Typen von Gotteskrieger, die aus allen Teilen der Welt kommen.»

Wer sind die Kämpfer des IS? «Der gesellschaftliche Boden, der sie nährt, ist die Armut», diese Aussage der Autorin ist zentral. Und weiter: «Der Krieg hat seine eigene Ökonomie hervorgebracht, die das Ende des Krieges verhindert. Männer, die früher als Bauarbeiter, Fahrer oder Imker gearbeitet haben, verdienen inzwischen Geld, wenn sie eine Waffe tragen.» Das gelte insbesondere für die östlichen Wüstengebiete, die jetzt «Kalifat» des IS sind. Unterstützt wird der IS von zahlreichen Beduinen-Stämmen, denen die Stammesbindungen (insbesondere nach Saudi-Arabien) wichtiger sind als die syrische oder irakische Nationalität. Der Ursprung des IS ist ein Bündnis des irakischen Widerstands nach dem Einmarsch der US-geführten Truppen 2003, das letztlich auf die afghanische Al-Kaida zurückgeht. Seit 2011 bildeten die Vorläufer der «Freunde Syriens» Gruppen und Stämme aus, die bereit waren, gegen die syrische Regierung zu kämpfen. Ab 2012 lieferten Katar, Saudi-Arabien und Jordanien Waffen über die Türkei, die schliesslich dem IS-Vorläufer ISIL und der Nusra-Front in die Hände fielen. Die beiden Kampfverbände sind einerseits erbitterte Feinde, schmieden aber andererseits gelegentlich auch taktische Bündnisse. Nach dem Sturm auf Mossul im Juni 2014 und der Errichtung eines Kalifats durch IS-Führer Al-Baghdadi wächst die internationale «Attraktivität» des IS, unterstützt durch professionelle PR-Kampagnen. Junge Muslime aus über 80 Staaten ziehen nach Syrien in den Kampf.

Rote Linie übertreten

Finanzen, Waffen, Leben unter dem IS: Der IS finanziert sich, neben der Unterstützung durch «Geschäftsleute aus den Golfstaaten», durch das Geschäft mit hochrangigen syrischen Geiseln, durch Erträge aus Ölfeldern, eroberten Industrien und fruchtbaren Ländereien, dann durch Plünderung von Ausgrabungsstätten und Museen (90% des syrischen Kulturerbes befinden sich in Kampfgebieten). Die

Waffen stammen ursprünglich von den «Freunden Syriens», dann aus Eroberungen bei Kämpfen mit der irakischen und syrischen Armee und konkurrierenden Kampfverbänden. Über das Leben unter dem IS zitiert Leukefeld aus verschiedenen Quellen, aus Videos und persönlichen Gesprächen mit Flüchtlingen. Sie bestätigt damit all die unerhörten Grausamkeiten, die wir auch aus unsern Medien kennen.

Die UNO-Resolution 2170: Mit dem Sturm auf Mossul und dem Versuch, nach Kirkuk vorzudringen, wo die zweitgrössten Ölvorkommen Iraks lagern, hat ISIL «die rote Linie der US-Interessen überschritten». Am 15. August 2014 verabschiedet der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2170, die alle Mitgliedstaaten auffordert, «den Strom fremder Kämpfer, die Finanzierung und andere Unterstützung für islamistische extremistische Gruppen im Irak und Syrien zu unterbinden». Die Türkei hält sich nicht an die Resolution. Am 23. September beginnt eine von den US-Streitkräften angeführte Allianz mit Luftangriffen auf Stellungen des IS in Syrien.

Aktualität?

Das Buch ist noch kein Jahr alt, aber schon «überholt». Das Eingreifen der russischen Luftwaffe und der iranischen Streitkräfte, die blutigen Auseinandersetzungen der türkischen Armee mit den Kurden, die internationalen Verhandlungen um eine Waffenruhe: all diese Entwicklungen wirken auf den Flächenbrand ein. Es brennt! Man möchte mehr wissen über die Brandherde. Ein aktuelleres Buch haben wir nicht gefunden.



Ostermarsch 2016

Unter dem Motto «Entrüstung für den Frieden – Geflüchtete willkommen heissen» wird auf Montag, 28. März 2016 zum Ostermarsch nach Bern gerufen. Unterstützt wird der Marsch von über 30 Organisationen, darunter der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt und der Schweizerischen Friedensbewegung.

Millionen Menschen seien auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Perspektivlosigkeit, heisst es in dem Aufruf zum Marsch. Gleichzeitig würden im Rahmen des «War on Terror» Forderungen nach neuen Kriegen, einer noch intensiveren Überwachung und mehr Abschottung laut. Dabei habe gerade der «War on Terror» diese Situation mitverursacht und verschlimmere sie zusätzlich. «Mit dem Export von Kriegsmaterial und den Investitionen von Banken, Versicherungen und Pensionskassen in Kriegsmaterialkonzernen ist die Schweiz Teil der Kriegsmaschinerie, die Millionen Menschen in die Flucht treibt. Anstelle dieser Kriegspolitik muss die Schweiz endlich ziviles Friedenshandwerk verbreiten. Menschen, die in der Schweiz Zuflucht suchen, sollen gastfreundlich dauerhaft aufgenommen werden, lernen und arbeiten dürfen.»

Infos unter ostermarschbern.ch

Venezuelas Errungenschaften bedroht

Das Vertrauen zurückgewinnen

Am 6. Dezember gewann bei den Wahlen in Venezuela die rechte Opposition die Zwei-Drittel-Mehrheit. Der Sieg reiht sich ein in den allgemeinen Rollback gegen fortschrittliche lateinamerikanische Regierungen, der von den USA kräftig gefördert wird. Wir haben Carolus Wimmer zur Situation in seiner Heimat Venezuela befragt. Wimmer, der sich auf Einladung von ALBA Suiza in der Schweiz aufhielt, ist Abgeordneter des Lateinamerikanischen Parlaments und war zeitweilig auch dessen Vizepräsident. Das Interview mit dem Führungsmitglied der Kommunistischen Partei Venezuelas fand am 11. Februar in Bern statt.

Von Martin Schwander

Der Chavismus hat nach wie vor einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung. An der Urne jedoch erlitt er am 6. Dezember eine schmerzhaft Niederlage. Was sind die wesentlichen Gründe dafür?

Wimmer: Wir haben ganz klar eine Niederlage erlitten. Als KP haben wir zwar zulegen können und verfügen nun über zwei Abgeordnete und 11 Ersatzparlamentarier, aber unsere Allianz insgesamt hat verloren. In den vergangenen 17 Jahren gab es bei uns 20 Abstimmungen, davon haben wir einzig ein Referendum und jetzt die Wahlen verloren. Das ist ja an und für sich ein vorzeigbares Gesamtergebnis, aber in der Politik zählt einzig das letzte Resultat und das war eben eine Niederlage.

Gründe dafür gibt es viele und die werden bei uns, auch in der Partei selbst, derzeit heftig diskutiert. Zu berücksichtigen sind dabei innere Fehler und Schwächen aber natürlich auch Aussenfaktoren.

Beginnen wir bei den Aussenfaktoren. Selbstverständlich bleiben die USA am Ball: Sie können den revolutionären Prozess nicht zulassen, er ist für sie unerträglich. Seit 17 Jahren versuchen sie, die Entwicklung rückgängig zu machen. Ich erinnere an den Putsch 2002, an die Wirtschaftsblockade 2003, an die Erdölblockade 2003 und 2004 bis zu den gewalttätigen Unruhen im 2014, wo das ganze Land durch faschistische Gruppen terrorisiert worden war. Der Wirtschaftskrieg gegen Venezuela ist eine Realität, er wird von aussen gesteuert durch jene, die ihre Interessen selbst bei den zaghaftesten Versuchen der nationalen Unabhängigkeit gefährdet sehen.

Dann haben wir auch innenpolitische Fehler gemacht. Immer wieder wurde betont, wie wichtig es wäre, uns vom Erdöl unabhängiger zu machen, eine eigene produzierende Industrie aufzubauen. Natürlich wurde einiges geleistet auf diesem Gebiet, aber zu wenig. Jetzt spüren wir die verlorene Zeit und dass wir in den fetten Jahren zu wenig gespart und geplant haben für die mageren Jahre. Mit dem Erdöl verdienen wir heute nur noch einen Fünftel von der Summe, die wir vor 23 Jahren dafür erhalten haben. Das

ist bei einer Wirtschaft, die sich total auf diesen Erlös abstützt, natürlich eine Katastrophe.

Fehler wurden auch gemacht beispielsweise bei der Verteilung der Lebensmittel. Klar wurden Schlangen vor den Läden auch provoziert durch die Konterrevolution, in dem bei den Supermärkten etwa der Einlass auf je-



Dr. Carolus Wimmer. Foto El Regional (Venezuela)

weils fünf Personen beschränkt wurde und es gab eine ganze Mafia, welche die Läden leerkaufte und die fehlenden Waren dann auf der Strasse vollkommen übersteuert weiterverkaufte. Das hätte geregelt werden müssen.

Dann wurde der Kampf gegen die Korruption, gegen die Bürokratie und gegen die Ineffizienz nicht konsequent genug geführt. Wir haben Teile der breiten Masse verloren, die mehr Revolution wollten und die wütend wurden wenn sie sahen, dass auch Leute speziell von der Sozialistischen Partei in Korruptionsfälle verwickelt waren, sich aber mit Viva Chávez-Rufen und dem roten T-Shirt vor der Verfolgung schützen konnten.

Schliesslich gibt es auch das subjektive Element, dass einem Teil der Bevölkerung Hugo Chávez fehlt. Chávez genoss selbst in sehr schwierigen Situationen das Vertrauen der Bevölkerung.

Jetzt müssen wir beweisen, dass wir unsere Probleme lösen und die Revolution auch politisch verteidigen können: Wir müssen einerseits Wähler zurückgewinnen, die wegen dieser

Fehler für die Opposition gestimmt haben und vor allem müssen wir auch jene mobilisieren können, die gar nicht erst an die Urne gegangen sind.

Zieht sich diese Niederlage bis in die Kommunen hinein?

Wimmer: Wir kennen in Venezuela fünf Staatsorgane und im Moment haben wir eines davon verloren. Aber natürlich ist das Parlament eine ganz wichtige Institution für die reaktionären Kräfte, da können sie national und international operieren und können mit ihrer Zweidrittelmehrheit Gesetze beschliessen, welche die sozialen Errungenschaften rückgängig

machen sollen. Zur Diskussion stehen etwa Pensionskürzungen, speziell angegriffen wird eine riesige Errungenschaft, nämlich dass Hausfrauen, die nie im bezahlten Arbeitsleben standen und deshalb auch keine Beiträge einbezahlen konnten, einen Anspruch haben auf Pension. Die Rechte wird das alles zunichtemachen wollen und die Folge wird sein, dass der Präsident die beschlossenen Gesetze nicht unterschreibt. Entscheiden muss dann der Oberste Gerichtshof, ob das betreffende Gesetz legal ist oder nicht. Alle diese Errungenschaften sind jetzt in Gefahr, aber sie sind noch nicht verloren: Es wird darauf ankommen, ob sie auf der Strasse verteidigt werden. Dazu braucht es sehr viel Aufklärung. Die grösste Gefahr ist die Lähmung, die grösste Gefahr ist, dass die Leute nicht mehr auf die Strasse gehen, dann gewinnt die Reaktion die Oberhand.

Ist die jetzige Situation eine Art Co-Habitation, mit einem rechtsbürgerlichen Parlament und einer fortschrittlichen Regierung?

Wimmer: Im Moment gibt es von beiden Seiten verfassungsmässige Lösungen. Die Rechte kann gegen den Präsidenten in der Halbzeit seiner Amtsperiode das Referendum ergreifen, das ist in Venezuela bei allen Mandaten der Fall. Aber dazu braucht sie zunächst 20% der Wähler, was sicher machbar ist. Schliesslich entscheidet jedoch das Volk an der Urne über die Abwahl und es ist überhaupt nicht klar, ob diese Mehrheit vom 6. Dezember dann noch Bestand haben wird, obwohl der Imperialismus im Moment alles daran setzt, den Wirtschaftskrieg noch zu verstärken, damit die Leute immer unzufriedener werden.

Eine weitere Möglichkeit für die Rechte böte sich durch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, doch hier wäre der Ausgang noch unsicherer. Eine dritte Möglichkeit schliesslich hätte der Präsident selbst: Er könnte das Parlament

auflösen und Neuwahlen ausrufen. Es ist also eine Art Patt und die Rechte setzt darauf, die Regierung derart zu destabilisieren und zu lähmen, dass sie sich nicht um die Lösung der wirtschaftlichen Probleme kümmern kann sondern sich im täglichen politischen Kampf aufzehrt.

In Venezuela geht es tatsächlich um alles oder nichts. Eine Niederlage auch in der Regierung würde bedeuten, dass die USA ihre Leute direkt einsetzt. In der neuen Regierung von Argentinien beispielsweise sitzen nur noch Vertreter der multinationalen Gesellschaften.

Und wenn es den rechten Kräften nicht gelingt, die Regierung zu stürzen?

Wimmer: Es gibt, pädagogisch vereinfacht, drei Wege. Der eine ist, dass sich sowohl bei uns wie in den USA die rechten Hardliner durchsetzen und speziell faschistische Gruppen die Oberhand gewinnen und etwa mithilfe kolumbianischer Paramilitärs auf einen Putsch hinwirken. Das würde in Venezuela schlimm ausarten, weil bei uns die Armee gespalten ist: Militärs würden gegen Militärs kämpfen. Hoffentlich kommt es nicht zu diesem Weg, aber er existiert. In diesem Sinne sehen wir auch den Friedensprozess in Kolumbien mit realistischen Augen: Wir unterstützen ihn total, aber wir sind uns auch bewusst, dass sich je nach Lösung des inneren Konfliktes die USA mit ihren sieben Militärbasen dort dann vermehrt auf Venezuela konzentrieren werden. Natürlich wissen wir, dass unsere Freunde in Kolumbien genau für das Gegenteil kämpfen, nämlich dass wirklich ein anderes Kolumbien entsteht, und deswegen sind wir mit ihren Friedensbemühungen auch vollkommen solidarisch.

Der zweite Weg ist eine eigentliche Co-Habitation und eine Vereinnahmung des Prozesses durch den Reformismus. Das könnte sogar für die USA und die imperialistische Bourgeoisie von Interesse sein. Die revolutionären Slogans würden bleiben, wie etwa in Mexiko, aber sie wären nur noch folkloristische Staffage und alles Er kämpfte ginge verloren. Dem müssen wir eine breite Allianz entgegensetzen, die alle Kräfte einschliesst, deren Interessen sich nicht mit jenen der Monopole decken: eine antiimperialistische Allianz, die auch die Mittelschichten mit einbezieht und jene kleineren und mittleren Unternehmer, die selbst von den Monopolen bedroht sind.

Dann gibt es natürlich den revolutionären Weg. Diese Option ist zwar klein, aber sie ist objektiv da: Selbst in der schwierigsten Situation haben 5,6 Millionen Wählende für den patriotischen Pol gestimmt, diese Menschen sind real, sie existieren. Und auch unter den Militärs gibt es eine starke Gruppe, die wirklich antiimperialistisch gesinnt ist, die für die Unabhängigkeit des Landes einsteht und nach tatsächlich revolutionären Lösungen sucht. Nun stehen auf beiden Seiten Kanonen und das macht das Ganze gefährlich. Es macht es aber auch schwierig für den Imperialismus: Anders als etwa in Chile hätte er bei uns die Streitkräfte nicht voll unter Kontrolle.

Im Moment ist es wichtig, dass sich der Patriotische Pol hält und verstärkt und das Vertrauen der Menschen zurückgewinnt. So kann die Niederlage auch ein heilsamer Schock sein. Jahrelang sind wir unter Chávez von Sieg zu Sieg geeilt und das hat einige vergessen lassen, dass Massen schwenken können, dass wir Mehrheiten auch verlieren können, wenn wir eine falsche Politik betreiben.

Welche Bedeutung hat in der gegenwärtigen Situation der Integrationsprozess in Lateinamerika?

Dr. Carolus Wimmer ist 1948 in München geboren, war aktiv in der 68-Studentenbewegung und wanderte mit 21 Jahren nach Venezuela aus, wo er sich gleich bei seiner ersten Anstellung bei General Motors in einem Arbeitskampf wiederfand und der Kommunistischen Partei beitrug. Nach Entlassung sämtlicher Gewerkschaftsaktivisten durch den US-Multi beendete Wimmer in Caracas zunächst seine Studien in politischen Wissenschaften und Biologie und arbeitete danach während 22 Jahren hauptamtlich in der Jugendorganisation der KP. Seit 1992 ist Carolus Wimmer Führungsmitglied der Partei und verantwortlich für deren internationale Beziehungen.

2005 wurde er in das Lateinamerika-Parlament (ParLatino) und 2010 zu dessen Vize-Präsidenten gewählt. 2014–2015 stand er zudem der venezolanischen ParLatino-Deputation vor. Der mehrfache Träger des venezolanischen Buch-Preises ist gegenwärtig Politischer Direktor des Frente Cívico Militar Bolivariano Ezequiel Zamora (FCMBEZ), einer Organisation aus Berufsmilitärs, Milizionären und zivilen Kräften, die sich der Unterstützung des fortschrittlichen Prozesses in ihrem Land verschrieben haben.

Wimmer: Die Integration ist unsere Stärke. Venezuela allein schafft es nicht: Uns rettet kurz- und mittelfristig diese Zusammenarbeit mit den andern lateinamerikanischen und karibischen Staaten, von denen wir Produkte beziehen, die für unsere Bevölkerung lebenswichtig sind. Deswegen steht die Integration auch im Visier der USA. Ihre innere Sicherheit, so sagt der Verteidigungsausschuss des US-Senats, sei nicht in erster Linie durch Terrorismus bedroht sondern durch die Nationalstaaten. Jegliche Art von Nationalstaat ist für die USA vom Teufel: Selbst Regierungen, die nicht links stehen und zunächst enge Verbindete der USA waren wie jene von Noriega in Panama oder von Saddam Hussein in Irak, wurden gestürzt als sie plötzlich eigene nationale Interessen zu vertreten begannen.

Wie siehst Du die weitere Rolle der internationalen Solidaritätsbewegung mit Venezuela?

Wimmer: Zwei Dinge sind wichtig für die Solidaritätsbewegung: So wenig wie vorher alles gelöst war, so wenig ist jetzt alles verloren.

Die internationale Solidarität ist für uns weiterhin von grosser Bedeutung. Die Massenmedien verzerrten unsere Realität und stellen alles vollkommen falsch dar. Natürlich dürfen wir nicht selbst Schwarz-Weiss-Malerei betreiben, aber es handelt sich bei uns weder um eine Diktatur noch werden die Menschenrechte verletzt. Dieser Verzerrung entgegenzuwirken ist eine wichtige Aufgabe der Solidarität: Sie soll die Realität in unserem Land so darstellen wie sie wirklich ist, mit all ihren Schwächen aber eben auch mit ihren Stärken. Wenn Ihr das tut, ist das für viele glaubwürdiger als wenn wir das selbst versuchen. Gerade hier in Europa, mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder der Menschenrechtskommission in Genf.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 23. Februar 2016

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Aus der Warmen Küche des Kalten Krieges

Der Fall Witt

Det. Kpl. Helfer vom Spezialdienst des baselstädtischen Polizeiinspektorates staunte nicht schlecht, als ihn am 28. April 1954, kurz vor 11 Uhr, drei Herren auf der Wache besuchten. Der eine von ihnen, ein West-Deutscher namens Bernhard Witt nicht ganz freiwillig, wie sich herausstellen sollte. Seine Begleiter nämlich, «Vorwärts»-Redaktor Emil Arnold und Grossrat Hans «Joe» Stebler, verlangten vom verdutzten Detektiv-Korporal, den Deutschen kurzerhand in Haft zu setzen. Was wiederum Bernhard Witt verwirrte, wählte dieser sich doch in einem Spezialbüro der Schweizerischen Friedensbewegung.

Von Martin Schwander

«Hier ist ein Friedensfreund aus Deutschland, der Sie zu sprechen wünscht», eröffnete Emil Arnold gemäss dem Bericht von Detektiv-Korporal Helfer das Gespräch im «Spiegelhof», dem Sitz des Basler Polizeidepartementes. «Es handelt sich um einen Provokateur übelster Sorte, der im Auftrag einer Zentrale in Frankfurt a. M. Schweizer nach Deutschland locken will», schob der ehemalige Nationalrat der Basler PdA nach. Der Deutsche, der sich Arnold gegenüber mit einem auf Bernhard Witt lautenden Pass ausgewiesen habe, sei am Vorabend auf dem PdA-Sekretariat vorstellig geworden und habe Vertreter der Friedensbewegung zu sprechen gewünscht. Über Pfingsten 1954 finde in Berlin ein Jugendtreffen statt und er, Witt, habe vom in Ostberlin ansässigen Deutschen Friedensrat den Auftrag erhalten, «eine Schweizerdelegation hiezu einzuladen».

12 Mann sollten es sein, «politisch zuverlässige Leute», wie Arnold zu Protokoll gab, «lieber würden grössere Lohnausfallentschädigungen entrichtet, als wenn weniger Zuverlässige entsandt würden, denn es werde mit Provokationen gerechnet.» Die Abfahrt erfolge am Freitag vor Pfingsten mit der Bahn bis Frankfurt a. M. und von dort mit dem Flugzeug nach Berlin.

Friedensfreunden unwürdig

Die vorgeschlagene Route machte die mit der «Einladung» konfrontierten PdA-Genossen Arnold, Franz Dübi und Joe Stebler vollends hellhörig. Schon vorher sei ihnen aufgefallen, dass Witt «Namen und Ausdrücke für Länder und Titulaturen gebraucht, die eines Friedensfreundes unwürdig», seien, notierte Polizist Helfer. «Es lag für mich absolut kein Grund vor, diesem Herrn Vertrauen zu schenken, weil seine Angaben und sein Verhalten absolut auf eine gross angelegte Provokation schliessen liessen», schrieb Joe Stebler in seiner Eigenschaft als Sekretär des Basler Komitees der Friedensbewegung noch gleichentags dem Deutschen Friedensrat. Natürlich habe er auch kein Empfehlungsschreiben auf sich getragen, meinte Stebler und unterstrich: «1. Die Schweizerische Friedensbewegung ist nicht die Partei der Arbeit. 2. Die Schweizerische Friedensbewegung sendet Friedensfreunde ins Ausland und nicht «politisch zuverlässige». 3. Die Schweizerische Friedensbewegung ist eine legale Organisation und macht nicht in Konspiration. Sie empfängt nur offizielle Einladungen und sendet keine illegalen Delegationen – denn der Provokateur hat gebeten bis zur Abreise der Delegation nichts zu publizieren. Ich weiss, dass diese Überlegungen sich mit den Ihrigen decken.»

Besuch im «Spezialbüro»

Dübi, Arnold und Stebler waren sich schnell einig über die Absicht, die hinter der angeblichen Einladung steckte. «Unsere Meinung ist, dass wenn Schweizer delegiert worden wären, diese in Westdeutschland unter irgend einem Vorwand verhaftet worden wären», protokollierte Detektiv-Korporal Helfer die Aussage vom Emil Arnold. Arnold habe Witt daraufhin erklärt «Ihre Einladung ist grossartig, ich führe Sie direkt zum Spezialbüro

von uns, dort kannst Du mit dem Spezialbeamten von uns sprechen.»

Was dann passierte, liest sich im Verhörprotokoll von Bernhard Witt folgendermassen: «Hierauf begaben wir uns direkt in das angebliche Zweigbüro der Friedensbewegung. ... Wir wurden gemeinsam von einem Polizisten nach dem dritten Stock geführt und einem Beamten vorgestellt. Noch immer gewährte ich für mich keine Komplikationen. ... Es ist für mich unvorstellbar, wieso Arnold nach dem geführten Gespräch eine derartige Situation heraufbeschwören konnte. Ich muss nochmals betonen, ich war in offizieller Mission des Deutschen Friedensrates bei Stebler und Arnold und rein nichts liess ich mir anmerken, dass ich in doppelter Funktion den Auftrag erledigte.»

Aber ganz offensichtlich war Witt zu wenig geschickt für die gewieften Basler Politiker. Später sollte er selbstkritisch zu Protokoll geben: «Ich gebe zu, dass mir bei den fraglichen Unterredungen mit Arnold bzw. Stebler gewisse Regiefehler unterlaufen sein könnten.» Witt wurde zunächst als vermeintlicher Doppelagent in Haft gesetzt, aber gleich in seiner ersten Einvernahme klärte er seine Position: Er habe sich «rückhaltlos dem bundeseigenen Verfassungsschutz-Amt zur Verfügung gestellt» und den Auftrag in Basel habe er «mit Wissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz ausgeführt». Es handle sich um eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Bundesamt, er stehe schon seit August 1953 mit diesem in Verbindung. Das Amt vergüte ihm jeweils Reisekosten und Unkosten. Er gebe jedoch seine Informationen auch französischen, holländischen und US-amerikanischen Dienststellen weiter.

Aufgrund dieses freimütigen Bekenntnisses blieb dem Bundesrat nichts anderes übrig, als gegen den damals 34jährigen Deutschen ein Strafverfahren zu eröffnen. Witt stehe im dringenden Verdacht, «den Versuch, oder zum mindesten Vorbereitungshandlungen, getroffen zu haben, zwölf schweizerische Kommunisten durch List nach Westdeutschland zu locken, um sie den dortigen Behörden zu überliefern», wird im entsprechenden Antrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes vom 4. Mai 1954 festgehalten. Zudem habe er sich an schweizerische Kommunisten und andere Personen herangemacht, um «ihre politische Haltung dem Bundesamt für Verfassungsschutz, mithin einem fremden Staate, zu melden».

Friedenshasser

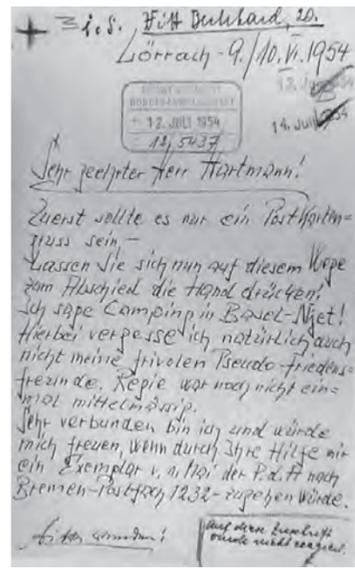
Der Vorfall wurde vom «Vorwärts» publik gemacht und – wer würde es

ihm verargen – zum 1. Mai 1954 genüsslich ausgeschlachtet: «Für Spitzel und Provokateure ist es natürlich peinlich, von Kommunisten ertappt und der Polizei übergeben zu werden. Hoffen wir, es bleibe dort für sie peinlich.» Und für die Schweizerische Friedensbewegung stellte Hans Stebler in einem weiteren «Vorwärts»-Artikel vom 22. Mai 1954 klar: «Dieser Agent und seine Auftraggeber in Westdeutschland sind in ihrem Hass gegen alles, was dem Frieden dient, so blind geworden, dass sie nicht einmal die primitivsten und normalen Gesetze jeder Arbeit für den Frieden bei ihren Provokationen bedenken.»

Die Arbeit der Weltfriedensbewegung, so Stebler, gehe für jedermann ersichtlich vor sich: «Die Beziehungen der schweizerischen Friedensbewegung mit der internationalen Friedensbewegung sind legal und gehen den normalen Postweg. Die Friedensbewegung legt Wert darauf, dass alle Kreise, alle politischen und religiösen Anschauungen bei ihr vertreten sind, weil sie alle Menschen guten Willens um sich sammelt. In diesem Sinne arbeitet jede ernstzunehmende Friedensbewegung, deshalb kann nie, aber auch niemals davon die Rede sein, an eine Friedenstagung irgendwo in der Welt «politisch zuverlässige» Leute zu delegieren.»

«Ehrliche Menschen, die den Frieden wollen, treten schon anders auf, als Agenten vom Schlage des Witt», unterstrich Joe Stebler in seinem engagierten Artikel: «Sie schreiben sich Briefe mit der Post, laden zu sich Gäste ein, ohne nach deren politischen Gesinnung zu fragen, sondern um gemeinsam zu beraten, was für die Erhaltung des Friedens, der unteilbar und ein Segen für alle ist, zu tun notwendig ist. Und weil wir wussten, dass die Freunde des Deutschen Friedensrates nichts so sehr wünschen als den Frieden, die Einheit ihres Vaterlandes und Verständigung aller friedliebenden Menschen, deshalb konnten wir weder der Person Witt noch seiner Offerte Vertrauen entgegenbringen, und deshalb haben wir ihn dort abgeliefert, wo Lockspitzel hingehören, den Polizeiorganen.»

Witt wurde von den Strafbehörden stundenlangen Verhören unterzogen und sang wie ein Vögelchen. Dutzende von Namen gab er preis und gar eine Geheimnummer des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BAV), um zu beweisen, dass er dort tatsächlich als Agent «Wilma» registriert sei. Ein Testanruf stützte diese Behauptungen, eine direkte Anfrage von Chef zu Chef – von Bundesanwalt Werner Lüthi an den Präsidenten des BAV Otto John – relativierte Witts Agententätigkeit hingegen: «Bernhard Witt ist dem Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt», schreibt Dr. John dem «sehr verehrten Herr Professor» am 21. Mai 1954, «jedoch ist er weder im Auftrag noch mit Billigung meiner Behörde in die Schweiz gereist.» Immerhin bestätigte John, der nur zwei Monate später übrigens die Seiten wechselte und sich in der DDR niederliess, dass es zu verschiedenen Treffen seiner Behörde und auch zu Spesenauszahlungen gekommen war. In einem späteren Schreiben qualifizierte die Stuttgarter Stelle des BAV



Abschiedsbrief von Bernhard Witt an seinen Verhörer vom Polizeidienst der Berner Bundesanwaltschaft, Herr Hartmann. «Lassen Sie mich nun auf diesem Wege zum Abschied die Hand drücken! Ich sage Camping in Basel – Njet! Hierbei vergesse ich natürlich auch nicht meine frivolen Pseudo-Friedensfreunde. Regie war nicht einmal mittelmässig.» Randbemerkung der Bundesanwaltschaft: «Auf diese Zuschrift wurde nicht reagiert.» (Quelle: Schweizerisches Bundesarchiv, Dossier E4320B#1990/133#2377*)

Witt aber als «typischen Nachrichtenschwindler».

Unbefriedigender Ausgang

Klammheimlich wurde Bernhard Witt am 9. Juni 1954 in Lörrach den deutschen Behörden übergeben und als «unerwünschter Ausländer» mit einer unbefristeten Einreiseperrse versehen. Erst am 30. Juli, nach öffentlicher Aufforderung durch den «Vorwärts», gab die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt die offizielle Einstellung des Verfahrens «mangels Beweises des Tatbestandes» bekannt. Es könne die Absicht zwar nicht in Abrede gestellt werden, «dass der Angeschuldigte schweizerische Kommunisten durch List nach Westdeutschland locken wollte, um sie den dortigen Behörden zu überliefern», aber die Indizienkette weise zu grosse Lücken für eine Anklage auf. Auch die Absicht, ausländischen Organisationen die politische Haltung von Angehörigen der Schweiz zu melden, sei nicht genügend nachweisbar. Das Verfahren müsse deshalb eingestellt werden, «so unbefriedigend dieser Ausgang sein mag», wie Staatsanwalt Dr. Wieland in seltener Offenheit schreibt.

Der Furor beim «Vorwärts» war spürbar: «In andern Fällen können Polizei- und Justiz-Chefs ganz, ganz anders!», hiess es in der Ausgabe vom 10. August 1954. «Genau vier Monate vor diesem Entscheid fand in Lausanne ein auf Befehl des Bundesrates inszenierter politischer Prozess gegen den angesehenen Professor André Bonnard (den damaligen Präsidenten der Schweizerischen Friedensbewegung, d.R.) statt. Herr Corbaz, Staatsanwalt im Auftrag der dem Bundesrat unterstellten Bundesanwaltschaft, erklärte am 31. März 1954 in seiner fulminanten Anklagerede gegen den schweizerischen Professor: «Die Angeklagten sind im Unrecht und im Irrtum, wenn sie glauben, dass alles, was allgemein zugänglich sei, auch notorisch bekannt sein müsse und deshalb auch ohne weiteres ins Ausland übermittelt werden dürfe.»

Gestützt auf solche Überlegungen würden Schweizer Bürger verurteilt. «Aber wenn ein dreckiger Provokateur aus Westdeutschland kommt und Schweizer Bürger über die Grenze locken möchte, ... so wird gegen ein derartiges Subjekt kein Strafverfahren durchgeführt. In den obersten Bezirken um [Bundesrat] Markus Feldmann herum, in den Regionen des Bundesgerichtes, gelten die absonderlichsten Konstruktionen und

Klügeleien, um doch zu einem Urteil zu kommen, wenn hochgestellte Reaktionen einen Freund des Friedens vor den Richter schleppen. Mit den gleichen Klügeleien bemüht man sich aber auch, zu verhindern, dass ein westdeutscher politischer Provokateur vor den Richter kommt!»

Wiedersehen mit Witt

Mit Ausnahme des «Vorwärts» schwieg die Presse zur ganzen Geschichte und für die Basler Friedensfreunde war der Fall mit der Wegweisung von Witt erledigt. Die Bundesbehörden durften sich ein paar Jahre später jedoch abermals mit dem «Nachrichtenschwindler» auseinandersetzen. So meldete die Stadtpolizei Zürich am 3. Februar 1960 ihrem Kriminalkommissariat mit Kopie an die Bundesanwaltschaft, «dass sich der ... mit dauernder Einreiseperrse belegte Witt, Bernhard ... kürzlich in Zürich aufgehalten hat.»

Wenige Tage später wurde Witt in Bern u.a. wegen Zechprellerei verhaftet und nach Zürich überstellt. Aus dem Kaufmann und späteren Pleitier war – nach eigenen Angaben – plötzlich ein Spezialist in Kernphysik geworden, der seine Fähigkeiten in den Dienst afrikanischer Staaten stelle. Nach einem Vortrag über künstliche und natürliche Radioaktivität sei er von eben diesen Staaten gebeten worden, ihnen «auf diesem Sektor» ein Exposé zu erstellen, das sie vor der UNO als Protest gegen die «französischen Vorhaben, in der Sahara eine Atombombe zur Explosion zu bringen» verwenden könnten. «Dieses Ansinnen habe ich begrüsst und den Auftrag auch übernommen», behauptete er in einem Verhör durch die Kantonspolizei Zürich vom 26. 2. 1960. Seit Juni 1959 gehöre er deshalb dem Sonderausschuss Radioaktivität des federführenden Staates Marokko an.

Am 3. März 1960 wurde Witt, dessen neuste Räuberpistole niemand mehr ernst nehmen wollte, über Schaffhausen ausgeschafft. Nur zwei Monate später stand er im Frankfurter Generalkonsulat der Schweiz bereits wieder auf der Matte. Er bat um Aufhebung der Reiseperrse, da er unbedingt eine Gruppe ostdeutscher Elektriker nach Genf begleiten müsse und trug unverblümt an, die Reiseteilnehmer, unter denen sich «nachrichtendienstliche Personen befinden», auszukundschaften, «sollten die schweizerischen Behörden daran interessiert sein.» Waren sie aber nicht. Vermutlich hatte sich in der Zwischenzeit bei ihnen jener Eindruck verstärkt, den holländische Geheimdienste bereits 1954 von Witt erhielten, als sie ihn am 5. April dieses Jahres über die Grenze nach Deutschland abschoben. Die Niederländer, so schrieb der Chef des Basler Spezialdienstes Wieser seinem Vorgesetzten Dr. Amstein am 20. Mai 1954 nach Bern, seien zur Überzeugung gekommen, Witt sei «nicht ganz normal» und «an zuständiger Stelle in Holland habe man sich ... sehr aufgeregt», als ihnen vom BAV in Köln bestätigt wurde, Witt arbeite für den Verfassungsschutz...

Geheimdienst-Sumpf

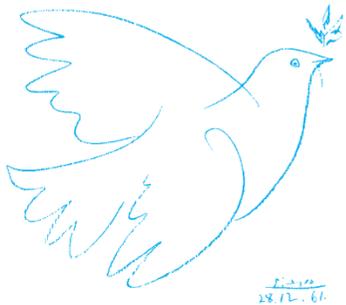
Witt mag ein Plauderi und Hochstapler mit vermutlich schizoiden Zügen gewesen sein und hat während den Basler Verhören seine Rolle im Verfassungsschutz wahrscheinlich masslos überhöht. Dass der Präsident des BAV höchstpersönlich Kontakte seines Amtes mit ihm bestätigen musste und dieselbe Aussage zuvor auch holländischen Behörden gegenüber gemacht wurde, zeigt jedoch deutlich auf, mit welch dubiosen Gestalten – nicht nur in unserem Nachbarland – sich die Geheimdienste seit jeher umgeben haben.

Quellen: «Vorwärts» und die drei frei zugänglichen Dossiers zu Bernhard Witt im Schweizerischen Bundesarchiv



Verfassungsschutz-Präsident Dr. Otto John am 5. August 1954, wenige Tage nach seinem Übertritt in die DDR, auf der Terasse des Cafés Warschau (2.v.l.). Foto Heilig/ADN

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

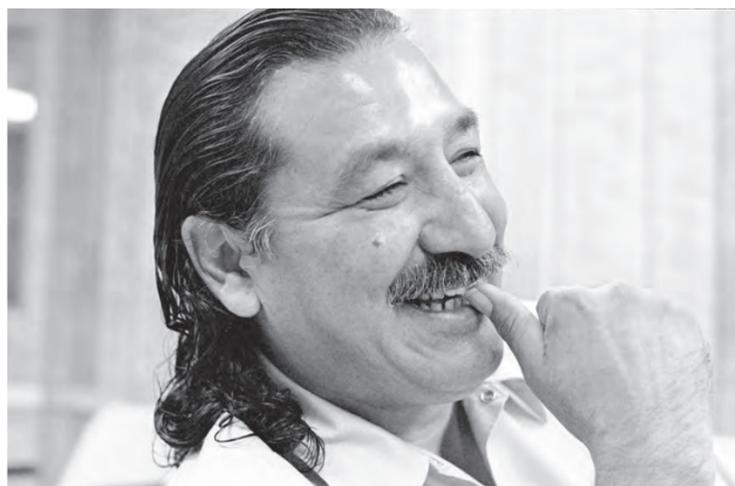
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!



Schwerkrank und seit 40 Jahren in Kerkerhaft, aber ungebrochen: Der Aktivist für die Rechte der nordamerikanischen Ureinwohner, Leonard Peltier. Foto al-awdany.org

USA und Menschenrechte

Leonard Peltier

Leonard Peltier, der dieses Jahr 72 Jahre alt wird, wurde am 6. Februar 1976 inhaftiert und anschliessend zu einer zweimal lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, für eine Tat, die ihm niemals nachgewiesen werden konnte: für die angebliche Beihilfe an der Tötung zweier Polizisten. Die beiden FBI-Beamten waren während eines Überfalls der Bundesbehörden auf die indianische Gemeinschaft in Oglala in Süd-Dakota unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommen. (siehe auch UW 2/2011). Wir dokumentieren einen Brief, den er aus Anlass seines 40. Kerkerjahres am 6. Februar 2016 seinen Freunden in der ganzen Welt zukommen liess.

Ich grüsse euch Freunde, Unterstützer und alle Indigenen.

Was kann ich noch sagen, was ich nicht schon längst gesagt habe? Ich denke ich beginne damit, zu all jenen, die im letzten Jahr von uns gegangen «wir sehen uns später wieder» zu sagen. Wir «Natives» nennen dabei keine Namen. Wir glauben, dass wir sonst ihre letzte Reise stören, wenn wir ihren Namen aussprechen. Sie könnten ihren Weg verlieren und ihre Seelen wandern dann endlos herum. Wenn zu viele ihre Namen nennen, versuchen sie zurückzukommen. Ihre Spirits wissen auch so, dass wir an sie denken. Also sage ich nur «habt eine gute Reise und ich hoffe euch bald wiederzusehen».

Am 6.2.2016 bin ich seit 40 Jahren inhaftiert! Ich bin ein 71 Jahre alter Mann und immer noch im Hochsicherheitsgefängnis. In meinem Alter bin ich mir nicht sicher, ob mir noch viel Zeit bleibt.

Ich habe inzwischen vier bis fünf Jahre guter Führung angesammelt, die aber niemand anerkennen will. Ich vermute mal, dass die einfach nicht zählen. Als ich angeklagt wurde, betrug die durchschnittliche Zeit für Lebenslänglich, ehe man begnadigt werden konnte, mindestens sieben Jahre. Das bedeutet, dass ich demnach fast sechsmal lebenslänglich abgesessen habe und ich schon vor sehr langer Zeit hätte begnadigt werden müssen. Denn es gibt eine Vorschrift, dass man nach maximal 30 Jahren entlassen werden muss. Ich bin nun zehn Jahre darüber. Die Regierung sollte nicht willkürlich diese Gesetze ändern, nur um dich im Gefängnis zu behalten – mit AUSNAHME vermute ich mal, du heisst Leonard Peltier.

Nun, mir wurde mitgeteilt, dass ich bis 2017 im Hochsicherheitsgefäng-

nis USP Coleman I bleiben werde, bevor sie entscheiden, ob ich in eine Haftanstalt mittlerer Sicherheitsstufe komme – oder auch NICHT. Aber, stellt euch vor, ich bin seit 15 Jahren als Gefangener für eine mittlere Sicherheitsstufe klassifiziert, und die Richtlinien des Bundesbüros für Gefängnisse besagen, dass ältere Gefangene in einer weniger gefährlichen Einrichtung/Umgebung sein sollten. Aber NICHT, wenn du Leonard Peltier heisst, so kommt es mir vor.

Wie ihr euch erinnert, ist die Geschichte meiner Bitte um Begnadigung lang. Mein erster Versuch auf dem Rechtsweg war bei Jimmy Carter. Er lehnte dies ab. Ronald Reagan versprach Präsident Michail Gorbatschow, dass er mich entlassen würde, wenn die Sowjetunion ebenfalls einen Gefangenen entlassen würde, aber Reagan sagte dann ab. Georg H.W. Bush machte gar nichts. Der nächste Versuch auf dem Rechtsweg war bei Bill Clinton. Er ging aus dem Weissen Haus, ohne etwas getan zu haben, auch wenn der Begnadigungsanwalt eine 11monatige Untersuchung durchführte (normalerweise maximal 9 Monate) und uns dann mitgeteilt wurde, dass eine Begnadigung empfohlen würde. Und in allen Fällen des Begnadigungsersuchens hat sich das FBI in die Exekutive eingemischt. Das ist absolut illegal.

Heute muss ich einem anderen Problem ins Auge sehen – einem Aorta Aneurisma. Es hat die Grösse einer AAA Batterie. Der Arzt sagte mir, dass ich verbluten könnte, wenn die Aorta platzt. Es kann auch auf meine Wirbelsäule drücken, sodass ich querschnittsgelähmt wäre. Die gute Nachricht ist eigentlich, dass dies behandelbar wäre und eine Operation 96-98% erfolgreich wäre. ABER

ich bin ein Hochsicherheitsgefangener. Wir werden nicht in Behandlung gelassen, ehe man nicht in absoluter Lebensgefahr schwebt.

Ich hoffe, dass Präsident Obama im letzten Amtsjahr fortfährt, seine Versprechen zu erfüllen und dass der Fortschritt, den seine Verwaltung in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Indigenen gemacht hat, weiterhin wächst. Es gibt mir Hoffnung, dass dieser Präsident sich hart darum bemüht hat, eine vertrauensvolle Beziehung zu den indianischen Völkern aufzubauen. Mit EUREM Mut, glaube ich, hat Obama die Courage mich zu begnadigen und mich heim zu meiner Familie zu schicken.

Zurückblickend auf 40 Jahre Bemühungen für meine Freilassung bin ich überwältigt und demütigt. Ich möchte allen Unterstützern danken, die all die Jahre an mich geglaubt haben. Einige haben mich von Anfang an unterstützt. Ihr habt euch darum gekümmert, dass ich Bücher zum Lesen hatte und Gelder für Einkäufe bekam, damit ich mir etwas kaufen konnte, um mir das Leben hier etwas angenehmer zu gestalten. Ihr habt ausserdem an mein Verteidigungskomitee gespendet, damit wir weiter für meine Freiheit kämpfen konnten. Ihr habt alle hart gearbeitet – arbeitet immer noch hart – um die Geschichte über die abscheulichste, haarsträubendste und zum Himmel schreiende Verurteilung, die es je in der US-Geschichte gab, zu verbreiten. Es gibt so viele gutherzige Menschen in dieser Welt und ihr gehört dazu. Es tut mir leid, dass ich nicht auf all eure Briefe antworten kann. Doch ich danke euch für die grosse Liebe, die ihr mir gezeigt habt. Ohne diese Anteilnahme hätte ich niemals so lange durchgehalten. Da bin ich mir sicher!

Ich glaube, dass meine Inhaftierung, und die Gesetzesmissachtungen, die Verfehlungen der Staatsanwaltschaft und Regierung in meinem Fall, Dinge sind, die viel wichtiger als mein Leben und meine Freiheit sind. Ich fühle, dass jeder von euch, der für meine Freiheit gekämpft hat, Teil eines grösseren Kampfes der Indigenen um vertragliche Rechte, Souveränität und unser aller Überleben ist. Wenn ich eines Tages heimgerufen werde, gebt diesen Kampf bitte nicht auf.

In the Spirit of Crazy Horse...

Doksha, (auf bald)

Leonard Peltier

(Übersetzung: Michael Koch/Kerstin Groeper. Quelle: www.leonardpeltier.de)

Dear Mr President

«Präsident Obama, geben sie Peltier, was ihm seit 40 Jahren vorenthalten wird – lassen Sie Peltier frei!», forderte der Buchautor Michael Koch an einer Kundgebung vom 6. Februar 2016 in Frankfurt. «Nehmen Sie Ihren Füllfederhalter in die Hand, unterschreiben Sie seine Begnadigung, damit Peltier endlich erhält, was ihm seit 40 Jahren zusteht: Gerechtigkeit und Freiheit.»

Schreibe auch Du Herrn Obama und unterstütze via Obamas Kontaktformular die Forderung nach einer Begnadigung Peltiers (www.whitehouse.gov/contact/)

Was Ramón zu Barack sagen würde

Lass die politischen Gefangenen frei!

Am 21. März 2016 wird US-Präsident Barack Obama Kuba einen so kurzen wie historischen Besuch abstatten. Vom Korrespondenten der «Jungen Welt» in Havanna befragt, was er Präsident Obama gerne sagen würde, falls er mit ihm zusammentreffen sollte, meinte der kubanische Volksheld Ramón Labrañero:

«Ich würde von ihm Freiheit für die politischen Gefangenen fordern, die Freilassung von Oscar López Rivera, von Leonard Peltier, von Mumia Abu-

Jamal und von Ana Belén Montes. Und ich würde die Gelegenheit nutzen, um ihn dazu aufzufordern, wirklich Türen für Kuba zu öffnen.»

Ramón Labañero gehört zu den als «Cuban Five» international bekannt gewordenen kubanischen Aufklärern, die in den USA antikubanische Terrororganisationen unterwanderten. Nach mehr als 16 Jahren Haft wurde er am 17. Dezember 2014 freigelassen und konnte nach Kuba zurückkehren.

Geburtstagsgrüsse ins Gefängnis

Happy Birthday, Ana

Die US-Geheimdienstmitarbeiterin Ana Belén Montes sitzt seit 2002 in Isolationshaft. Sie hatte Informationen an Kuba weitergegeben (siehe UW 4/2015). Eine internationale Bewegung fordert nun menschenwürdige Bedingungen – und ihre Freilassung.

Lange Zeit sei es still gewesen um Ana Belén Montes während ihrer schon über 14 Jahre dauernden Haft, schreibt Jürgen Heise in der «Jungen Welt» vom 25. Februar 2016, «aber an ihrem diesjährigen Geburtstag (28. Februar, die Red.) soll sie nicht mehr das Gefühl haben, allein zu sein, wenn sie die Konsequenzen ihres mutigen Handelns weiter trägt. Zum ersten Mal sollen ihr in diesem Jahr aus vielen Städten Lateinamerikas, Europas, Kanadas und der USA Grusskarten zugehen, die ihr zeigen sollen, dass eine wachsende Zahl von Menschen und Organisationen nicht mehr tatenlos zusehen will, wie ihre Menschenrechte missachtet werden. Vielleicht werden auch diese Geburtstagskarten wie andere Postsendungen zuvor nicht bis in die Zelle der Empfängerin gelangen, aber dann werden die verantwortlichen US-Behörden sehen: Ana Belén Montes ist genauso wenig allein wie Oscar López Rivera, Leonard Peltier, Mumia Abu-Jamal oder viele andere politische Gefangene.»

Aus diesem Grund werde US-Präsident Barack Obama am 25. Februar 2016 auch einen Brief der «Internationalen Solidaritätsbewegung für Ana Belén Montes» erhalten, schreibt Jürgen Heise weiter. Darin würden ihn «Bürgerinnen und Bürger dieser Welt, die keine Regierung repräsentieren» drängen, sich für die Gefangene mit der Nummer 25037-016 im Bundesgefängnis Krankenhaus Carswell in Texas einzusetzen. Im ersten Schritt solle Obama dafür sorgen, dass sie aus der Isolationshaft verlegt und Bedingungen des Normalvollzugs erhält. Im zweiten Schritt erwarten die zahlreichen Unterzeichner des Briefes, worunter sich auch die Schweizerische Friedensbewegung befindet, dass Obama sie begnadigt, zumindest aber ihre Gefängnisstrafe reduziert. Der Brief soll den Präsidenten und der US-Regierung deutlich machen, dass sie es künftig mit einer wachsenden Solidaritätskampagne zu tun haben

werden, die nicht mehr lockerlässt und dafür kämpft, die körperliche und psychische Unversehrtheit dieser politischen Gefangenen zu garantieren.

«Der Versuch Washingtons, die «Cuban Five» in der Isolierung der US-Hochsicherheitsbundesgefängnisse verschwinden zu lassen, ist gescheitert», schreibt Jürgen Heise. Das sei nicht zuletzt der Beharrlichkeit der internationalen Solidarität zu danken. «Die Freiheitskampagne für die fünf wurde von wenigen begonnen und in mehr als einem Jahrzehnt Schritt für Schritt im Einklang mit der klugen Aussenpolitik der kubanischen Regierung zu einer Kraft, die Gefängnistore öffnete und eine neue zwischenstaatliche Politik einleitete.»

Wenn sich Havanna im Fall von Ana Belén Montes nicht im gleichen Masse einschalten könne, müssten die Unterschiede gesehen werden: «Die «Cuban Five» sind Bürger Kubas, Ana Belén Montes ist Puertoricanerin mit US-Staatsbürgerschaft. Das bedeutet für die notwendigen Schritte zur Veränderung ihrer Haftbedingungen und letztlich ihrer Befreiung, dass die sich nun formierende Solidaritätsbewegung auch den Part für den Schutz der «Mitbürgerin», nämlich der Weltbürgerin Ana Belén Montes übernehmen muss.»

Deckt Ana mit Karten ein!

Kartengrüsse über den 59. Geburtstag von Ana Belén Montes hinaus, zum Beispiel aus Anlass des Internationalen Frauentages vom 8. März, sind sehr erwünscht. Bitte richtet sie an folgende Adresse (unbedingt die Gefangenenummer dazuschreiben und den eigenen Absender nicht vergessen!):

Ms. Ana Belén Montes
Register # 25037-016
FMC Carswell
Federal Medical Center
P.O. Box 27137
FORT WORTH, TX 76127, USA